



I 6826



# Der Antrag Kanitz:

## eine Forderung nationaler Sittlichkeit.

Motto: „Der Weg zu dem Kopfe muß  
durch das Herz geöffnet werden.“

Schiller's ästhetische Briefe.

Dem deutschen Reichstage gewidmet

von

G. von Seldow-Rudnik,

Geheimer Regierungs- und Landrath a. D.



Berlin 1896.

Puttkammer & Mühlbrecht.

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.





*Jhr. II v. 1820.*



Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht in Berlin.

**Monatliche Nachweise**  
über den  
**auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets**  
nebst Angabe über Großhandelspreise,  
sowie über die Gewinnung von Zucker.  
Herausgegeben vom  
**Kaiserlichen Statistischen Amt.**  
Jährlich 12 Hefte. Preis M. 6,—.

**Waarenverkehr des deutschen Zollgebiets**  
mit dem Auslande in den Jahren 1880—1889, geordnet nach den  
Ländern der Herkunft und Bestimmung.  
Herausgegeben vom  
**Kaiserlichen Statistischen Amt.**  
1892. Preis M. 7,—.

**Die Agrarfrage der Gegenwart.**  
Socialpolitische Studien.

Von  
**Dr. Eugen Jäger.**  
Theil I—IV. 1882—1893. Preis M. 18,—.

**Schriften von Dr. Carl Rodbertus-Jagekow.**

Zur Beleuchtung der socialen Frage. 2 Theile . . . . . M. 13,—  
Theil I. 2. Auflage 1890. M. 5,—. Theil II. 1885. M. 8,—.  
Das Kapital. Vierter socialer Brief an von Kirchmann. 1884 M. 8,—  
Ferdinand Lassalle's Briefe an Rodbertus. Herausgegeben von Prof.  
Adolph Wagner. 1878 . . . . . M. 2,40  
Zur Erkenntniß unserer staatswirthschaftlichen Zustände. Heft 1.  
Fünf Theoreme. 1842 . . . . . M. 4,20  
Kleine Schriften. Mit einem Anhang: Aufruf an die Deutschen von  
Joseph Mazzini. Herausgegeben von Moritz Wirth. 1890 M. 6,—

**Geschichte**  
der  
**socialen Bewegung und des Socialismus in Frankreich.**

Von  
**Dr. Eugen Jäger.**  
Band I. Frankreich bis zur großen Revolution. 1879 . . . . . M. 8,—  
" II. Frankreich am Vorabende der Revolution von 1789. 1889 M. 8,—



Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht in Berlin.

### **Das Recht auf Arbeit.**

Ein Beitrag zur Geschichte, Theorie und praktischen Lösung.

Von

**Friedr. Joh. Saun.**

1889. Preis M. 2,40.

### **Die Arbeit und ihr Recht.**

Rechtlich-volkswirtschaftliche Studien zur sozialen Frage.

Von

**Robert Schellwien.**

1882. Preis M. 6,—.

### **Das angebliche Recht auf Arbeit.**

Eine historisch-kritische Untersuchung.

Von

**Dr. Berthold Brochownik.**

1891. Preis M. 1,60.

### **Die Reform der Produktenbörsen.**

Von

**Graf Armin-Muskau und Gescher-Brömerhof.**

8°. 1894. Preis 80 S.

### **A m t l i c h e**

### **Drucksachen der Börsen-Enquête-Commission 1894.**

Commissions-Berichte. 9 Theile. Folio. Preis M. 30,—.

Stenographische Berichte über die Sachverständigen-Vernehmungen.  
6 Theile. Folio. Preis M. 70,—.

### **Zur Börsenreform.**

I. Termingeschäft und Börsenreform. — II. Das Produktentermingeschäft und seine Reform. — III. Der Fragebogen der Enquête-Kommission.

Von

**A. Eichenbach, Gerichtsassessor.**

1892. Preis M. 1,60.

### **Die Festsetzung von Mindestpreisen für das ausländische Getreide.**

Von

**Graf v. Sanitz-Podangen, Mitgl. d. Reichstages.**

4. Auflage. 1895. Preis M. 0,60.



# Der Antrag Kanitz:

## eine Forderung nationaler Sittlichkeit.

Motto: „Der Weg zu dem Kopfe muß  
durch das Herz geöffnet werden.“

Schiller's ästhetische Briefe.

Dem deutschen Reichstage gewidmet

von

G. von Selchow-Rudnik,  
Geheimer Regierungs- und Landrath a. D.



Berlin 1896.

Puttkammer & Mühlbrecht.

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.



# Der Antrag

zur Errichtung nationaler Hochschule

in der Stadt Berlin

von dem Reichstag

am 1. April 1900



Druck und Verlagsanstalt  
Berlin 1900



## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vaterländische Friedensgedanken zum Antrage Stanitz . . . . .	1
Grundzüge eines Reichsgesetzes betreffend die Einrichtung einer land- wirthschaftlichen Produktiv-Genossenschaft für Weizen und Roggen	21
Begründung hierzu:	
A. Im Allgemeinen . . . . .	38
B. Im Einzelnen . . . . .	43
Schlußbemerkungen . . . . .	53



## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung
2	Die Bedeutung der Wirtschaftsinformatik
3	Die Aufgaben der Wirtschaftsinformatik
4	Die Entwicklung der Wirtschaftsinformatik
5	Die Organisation der Wirtschaftsinformatik
6	Die Methoden der Wirtschaftsinformatik
7	Die Ergebnisse der Wirtschaftsinformatik
8	Die Zukunft der Wirtschaftsinformatik



# Vaterländische Friedensgedanken

zum

## Antrage König.

Motto: „Der Weg zu dem Kopfe muß  
durch das Herz geöffnet werden.“

Schiller's ästhetische Briefe.

**G**edanken des Friedens sind es, die im Vorliegenden die Begründung des Antrages König bezwecken, und wenn der kühler denkende Leser, namentlich zu Anfang etwa meinen sollte, daß das Herz mit dem Verfasser über das eigentliche Ziel hinaus ging, so wird er im Laufe der Entwicklung hoffentlich zu der Ueberzeugung gelangen, daß dies nur scheinbar der Fall war, und daß im engsten, ja unlöslichen Zusammenhange mit der Sache steht, was, bevor von dem Antrage wirklich die Rede ist, das über-volle vaterländische Herz vorauszuschicken unwiderstehlich sich gedrungen fühlte. Der Antrag birgt dem innersten Kern nach die endgültige Entscheidung über die, den Brennpunkt der sozialen Frage bildende tägliche Brodfrage, nicht bloß für den einzelnen Landwirth, sondern für die Gesamtheit des deutschen Volkes, hiermit aber auch über dessen Sein oder Nichtsein. Hängt es ja von der Entscheidung ab, ob der Deutsche, indem er in alle Zukunft mit der rechten Herzenszuversicht zu beten vermag: „Unser täglich Brod gib uns heute“, auch befähigt bleiben soll, ohne Ende Gott und dem König Treue zu halten. Demgemäß muß der Antrag gewürdigt werden, und diese Würdigung ihm zu Theil werden zu lassen, setzten sich die nachfolgenden, nach Thesenart an einander gereihten Ausführungen zur Aufgabe. Dieselben lauten:

1. Ohne das Herz oder das sittlich Ideale wurde noch niemals wahrhaft Großes, zum Segen Bereichendes geleistet und geschaffen, und so war es denn auch das in denkbar reinsten Liebe zu König



und Vaterland entbrannte, mit entsprechender Willens- und Thatkraft auf das erreichbare Höchste gerichtete und nichts in der Welt wie Gott fürchtende Herz, was einem Bismarck die Kopfserkenntniß eingab, daß in Stelle des alten Bundestages ein völlig Neues kommen müsse, auch den rechten Weg hierzu ihm wies und ebenso mit eiserner Festigkeit, wie weiser Mäßigung daran ihn festhalten ließ trotz einer Hasseswelt, vor deren parteifanatischem Mordgeschloß eine gütige Vorsehung zweimal sein Leben bewahrte, ohne daß abzusehen ist, ob wir einen deutschen Kaiser hätten, falls der erste Mordanschlag gelungen wäre. Wann wird der Mann erstehen, dem in gleicher Weise das Herz die Erkenntniß erschließt, daß in Stelle auch des sogenannten Rechtsstaats ein völlig Neues im **Pflicht**staat kommen muß?

2. Ebenso wie in Hinsicht des deutschen Einigungswerkes zweifellos nicht früher, als ein Herzenssehnen danach sich aus dem Volke mit elementarer Begeisterungsgewalt Bahn bricht. Dies muß, um zu einer wirklichen Sozialreform oder um aus dem jetzigen Partei- und Interessensumpf auf das feste Land christlicher Nächstengemeinschaft zu gelangen, das Allernächste sein.

3. Eins erscheint hierbei allerdings unerläßlich; es ist das, daß man das Neue da sucht, wo es bei nüchternem, nur auf die Erde gerichtetem Suchen allein zu finden ist, nämlich in der heiligen Schrift. Verkündet dieselbe ja den Völkern aller Zeiten die für die menschliche Geistes- und Kulturentwicklung entscheidungsvollste aller historischen Erscheinungen in dem Weltziele, welchen indo-germanischer, in brüderlicher Dienstleistung und Hingabe bis in den Tod oder in der Erfüllung des väterlichen Gesamtwillens gipfelnder Idealismus über allerverhärtetsten semitischen, nur auf Befriedigung des eigenen Einzelwillens gerichteten Materialismus in Christus, dem zur Wirklichkeitsgestalt seines Traumhelden Odin gewordenen Gottesebenenbilde und Urbilde alles wahren Königthums davontrug. Sie ist deshalb nicht bloß das deutsche aller Bücher, sondern zeigt auch besonders in ihrem symbolischen Theile den Rechts- und Gesetzesweg, auf welchem allein die mit der thierischen Ich- oder Herrschaftsnatur ausnahmslos dem Menschen angeborene semitische Weltanschauung erfolgreich zu bekämpfen ist. Auf dieser beruht der Rechtsstaat, ja sie bildet dessen eigentliches Rückgrat, indem ihm, wie ihr, als oberster Grundsatz gilt, das Eigene bis aufs Aeußerste zu suchen und mit der



Kainspraxis des „Hilf Dir selbst, so hilft Dir auch Gott“ sich selbst zu helfen, auch wenn der Nächste dabei geopfert wird; der im Daseinskampfe der freien Konkurrenz sich „Von Rechtswegen im Namen des Königs“ mehr und mehr vollziehende Massenmord menschlicher Existenzen ist sein Werk, und er war es, der nicht bloß dem Judenthum, sondern allgemein dem Semitismus zu seiner heutigen Verbreitung und Macht den Weg bereitete. Mit der ohnehin der Nächstenliebe widerstrebenden persönlichen Bekämpfung des Judenthums ist deshalb auch absolut nichts gethan, so lange dasselbe mit seiner, thatsächlich die ganze Christenwelt umfassenden Heeresfolge warm und geborgen im Schooße des Rechtsstaats sitzt. Diesem selbst muß vielmehr aller Kampf gelten, soll der in Christus zur That gewordene Weltfieg über den Semitismus zu einem Welt-Sedan werden.

4. Wie es aber in keinem Anderen Heil wie in Christus giebt, so ist er allein der Weg hierzu; dieser Weg muß auch eingeschlagen werden, soll das Wort unseres Kaisers sich erfüllen: „Zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen.“ Nimmer hätte Christus ohne Fehl und Sünde sein, zur Vollkommenheit des Sittlichen und Rechtlichen oder in dem, was Gottes und des Kaisers ist, durchbringen können, wenn ihm nicht die Erfüllung des aus dem Schöpfungswerk redenden Gesamtwillens oder „dessen, was des Vaters ist“ das Absolute des Lebenszweckes und der eigene Einzelwille nur das Mittel oder Werkzeug hierzu gewesen wäre. Was er aber aus freien Stücken that, muß kraft des Gesetzes autoritativ zur Geltung und Übung kommen. Ist ja ohne letztere Voraussetzung keine Ordnung denkbar, da, so gewiß die Liebe frei gegeben, die Pflicht erzwungen sein will. Für den Wehr- und Arbeiter-Versicherungszweck ist kraft des Gesetzes autoritativ der Einzelwille in den Dienst des Gesamtwillens gestellt. Dasselbe muß für den Nähr- oder Zweck der Arbeit, als Voraussetzung aller Sittlichkeit, geschehen, und entschloße man sich zu solcher Art des praktischen Christenthums in der Gesetzgebung, nicht nach sozialdemokratischem Rezept, wohl aber nach der bewährten Praxis eines Friedrich des Großen — können ja Zwei das Gleiche thun, und es ist doch etwas himmelweit Verschiedenes — so würde dem Einzelnen vermöge der Rechts- und Daseinsicherheit, die er für seine Willensbeschränkung in dem autoritativen Schutze der Gesamtheit eintauschte, überhaupt erst die Macht verliehen, aus eigenem Antriebe sittlich und namentlich ehrlich in Wort und That zu handeln.



Auf solches soziale Ziel weist die heilige Schrift von Anfang bis zu Ende hin, indem sie nur Einen Gesamtwillen: den in der Nächstenliebe und im Nächstendienst sich offenbarenden Willen des Vaters kennt, und wollte eine neue Wissenschaft der Volkswirtschaft oder richtiger des Arbeitsrechts, die Menschen nicht wie jetzt nach Klassen trennend, sondern in jenem Einen Willen der Versöhnung und des Friedens bei allem Kampf der Geister einend, ihm sich zuwenden und demgemäß das Buch der Bücher zum Mittelpunkt wissenschaftlicher Forschung für den täglichen Brodzwirk erheben, so hätte man hierin die Morgendämmerung einer neuen besseren Zeit, den Anfang zur Erfüllung des Verheißungswortes: „Ein Hirt und Eine Herde“ zu erblicken. Ist ja in direktem Gegensatz zum Rechtsstaat nach dem Lebensbilde Jesu nicht das bedingte Recht des Anspruchs, sondern die unbedingte Pflicht des Gehorsams, „der Weg, die Wahrheit und das Leben.“ Dessen hätten sich zu allernächst Alle, die sich Christen nennen, insonders aber die christlichen Prediger zu erinnern.

5. Gewiß that ja der Rechtsstaat seine Schuldigkeit, indem er zum Bahnbrecher einer freieren Geistesanschauung wurde; ja ohne ihn wäre eine solche überhaupt nicht möglich gewesen. Indes wurde er mit seinen „wie eine ewige Krankheit sich forterbenden Rechten und Gesetzen“ unter dem übergewaltigen Andrang einer völlig neuen Erwerbswelt, welche wahre Menschenwürde und Freiheit soweit zu einem Nichts machte, daß über dem Idol der Maschinenarbeit die Menschenarbeit wieder zu einem bloßen lästigen Nothbehelf, wie zur Zeit des Sklavenrechts herabsank, bis zu einem Grade altersgrau und schwach, daß er der Gegenwart in keiner Weise mehr gewachsen ist und, statt zur Gerechtigkeit zu führen, immer weiter von ihr ablenkt, ja in seiner, allem was Deutsch heißt, ins Gesicht schlagenden manchesterlichen Ohnmacht zum Haupthemmschuh des Guten und deshalb zum Hauptübel der zivilisirten Welt wurde.

6. In seinem Beharrungszustande, ähnlich der Kirche, verliert er vornehmlich sichtbar die Fähigkeit, nach der eigentlichen Aufgabe jeder wahren Rechtshandhabung das in ununterbrochenem Fortschreiten begriffene Volksgewissen in Zucht und Ordnung zu halten; ja mit seinem, unter dem Einfluß allgemeiner Dessenlichkeit vor allem in die Augen springenden Hauptcharakterzuge, daß er die verschiedensten Arten der Uebervortheilung gesetzlich gestattet, selbst hiernach zu verfahren unvermeidlich gezwungen ist und einer Menge von Dingen wider Pflicht und Ehre nichts weiter als sein Non possumus entgegen zu setzen hat, vernichtet er geradezu das Volksgewissen.



7. Dieses geräth deshalb immer mehr in Verwirrung und vermag von Tage zu Tage weniger zu fassen, daß in Hinsicht des Broderwerbs der Hauptsache nach immer noch Recht sei, was dafür zur Zeit des Kaisers Augustus galt, und so erklärt es sich in einfachster Weise, daß das Ansehen des Rechtsstaats, trotz kaum noch unterzubringender Gesetzsammlungen, Amtsblätter, Entscheidungsschablonen und Akten, in stetiger Abnahme, hingegen, trotz kaum noch erschwinglicher Vermehrung von Richtern, Polizei, Gefängnissen und allerlei Besserungsanstalten, das Verbrecherthum in stetiger Zunahme ist, speziell das rückfällige im Verhältniß des Prozentsatzes der Verstrafungen fast auf pari anlangte, die Zahl der jugendlichen Verbrecher im Deutschen Reich auf jährlich über 40 000 stieg, und ihm insonders wegen sittlicher Zersetzung der sogenannten höheren Klassen das reiche und vornehme Verbrecherthum, mit Hülfe einer Advokatur, die immer findiger wird, dem Recht ein Schnippchen zu schlagen und das Krumme zum Geraden zu machen, nach dem Beispiele Frankreichs und der verschiedensten Dinge auch schon bei uns, eigentlich völlig über den Kopf wuchs.

8. Um der hieraus aufgewucherten Anarchie Herr zu werden, bedarf er durchaus einer Verjüngungsenergie, welche das „mit uns geborene“, im Evangelium in ideale Form gebrachte Recht endlich zu Ehren bringt; der **Rechtsstaat** muß eben zum **Pflichtstaat** werden.

9. Nach unseren größten Dichtern Goethe und Schiller und ebenso nach Carlyle gehört hierzu eine „sittliche Organisation“, d. h. eine Organisation der Arbeit, die „sich durch sich selbst und für sich selbst bildet“ und die Aufgabe hat, das Sittliche, als untheilbare That freien Gehorsams in Hinsicht dessen, was Gottes und des Kaisers ist, oder der Nächsten- und Vaterlandspflicht, vermöge des Gesetzesrechtlichen, im Wege bestimmt geregelter Ueberwachung, Hülfsleistung, Erziehung und demgemäßer Zuchtübung der Staatsangehörigen unter einander, soweit zu erzwingen, wie dies erreichbar ist in jeder wohldisziplinierten Armee, jedem in Zucht gehaltenen Beamtenthum, jedem unter des Herrn Auge ordnungsgemäß geleiteten Landwirthschaftsbetriebe mit festem Arbeiterstamm, und vor allem jeder in Liebe und Zucht geeinten Familie, kurz in jedem nach Außen und Innen wohlbewahrten eigenen Hause, dem der Herr nicht fehlt.

10. Das Ringen nach solcher Organisation, dazu bestimmt, „zum sinnlichen Pfand der unsichtbaren Sittlichkeit zu dienen“,



bildet den thatsächlich geschichtlichen Kern der heiligen Schrift, allerdings zunächst mit äußerlich negativem Abschluß, weil zu ihr nicht auf hierarchischem Wege nach dem Versuch des alten Testaments, auch nicht auf selbst reinstem demokratischen Wege nach dem Versuch eines Paulus im neuen Testament, sondern, wie Schöpfungserzählung, Natur und Geschichte vereint im Monotheismus und in der Einen unzerstörbaren ewigen Kraft, lehren, allein auf monarchischem Wege mit Hilfe eines Gesetzesautoritativen der untheilbaren Souveränität oder Staatsgewalt zu gelangen ist, welches jedes Gesetzes ausweichen bis an die äußerste Grenze des Erreichbaren dadurch zur Unmöglichkeit macht, daß es nach dem, Vater und Sohn mit Kindern und Brüdern in Eins zusammenfassenden Bilde Christi und der altdeutschen Idee des obersten Kriegsherrn oder Herzogs mit seiner Gefolgschaft, Landesvater und Landesfinder zu einem Leib und Blut im Gesamtwillen zusammenfaßt.

11. Sie bildet den Ein- und Ausgang aller wahren politischen Freiheit und ist das eine Erbe und Kleinod, nach dessen Erlangung, seit die Juden es ausgeschlagen, die Nationen im Wettlauf heiligen Begeisterungsfeuers sich zu strecken haben, soll der Erfüllung entgegenreifen das Inbegriffsideal der Schöpfung: „Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sei“.

12. Im Gegensatz zur, den Semiten vom Arier scheidenden Weltanschauung des Industrie- und Handelsstaates, welche nach dem Versuchungsbilde des Heilands wähnt, daß ohne Arbeit im Schweiße des Angesichts „aus Stein Brod werde“, daß in „der Macht der Herrlichkeit der Welt“ das menschliche Glückesall liege, und daß die, „weder Kind noch Brüder“ bedürfende Individual- oder eigene Kraft zur Sicherheit genüge, daß man „nicht etwa seinen Fuß an einen Stein stoße“, bezeichnet als ihr unabänderliches ewiges Fundament und Gottesprogramm die heilige Schrift gleich zu Anfang den bebauten und bewahrten Garten oder den, nach ältester germanischer Idee in der Mutter Erde geheiligten Heimathsboden mit daraus in natürlichster Weise von selbst sich ergebenden geheiligtem Treugehorsam, geheiligter Volksgemeinschaft und geheiligter Ehe.

13. Ja — wo sollen die, ohnehin der Entwürdigung durch Ehelosigkeit und möglichste Kinderlosigkeit unterliegenden reinen Mutterherzen und mit diesen die reinen Kinderherzen überhaupt noch herkommen, wenn Jeder die Amutter im Grund und Boden beliebig zu er- und verschachern befugt ist, ja selbst der Narr mit Geld, wie



es im zweiten Theil des Faust geschieht, zu sprechen vermag: „Heut' Abend wieg' ich mich im Grundbesitz“? Deshalb ersah denn auch die Schlange es sich zur Verwirrung des menschlichen Gewissens als unmittelbar Nächstes, diesem den Glauben zu rauben, daß Ein Herr zum Wächter des Gartens und damit auch des Rechts gesetzt oder daß, wie es ebenfalls im zweiten Theil des Faust heißt „der Grund- und Boden des Kaisers sei“, wohingegen das Nächste, was die Richterin Deborah bei Antritt ihres Amtes that, die Einsetzung von „Bauern“ war, „weil es daran gebrach“.

14. Das Urideal des deutschen Staates, dem Treue und Glauben für das Höchste gelten, im Gegensatz zum römischen Staat, dessen Wesen sich nach Carl Marlo aus Uebervorteilung und Raub zusammensetzt, war eine „sittliche Organisation“, besonders auch das Ideal der Hohenzollern für ihr Volk seit dem ersten Tage ihres Einzuges in die Mark Brandenburg. Und in der That wäre der Deutsche, nachdem sein Ausgangs-Weltideal sich in dem über alle Könige gesetzten Weltkönigthume des Heilandes so wunderbar erfüllte, im Stande, überhaupt noch ein anderes Ideal zu kennen, als daß jenes Königthum ihm zum ewigen nationalen Leben gereiche in einer mit Paulus zu erstrebenden Volksorganisation, welche ihn vor der Seuchengefahr der allüberall einreißenden Korruption bewahrt und, weil auf monarchischer Grundlage beruhend, Gewähr dafür bietet, daß, soweit es irgend erreichbar, bei ihm „Alles ehrlich und ordentlich zugehe“?

15. Denkbar ist dieselbe nur im unmittelbaren Anschluß an den Erwerb des täglichen Brodes, und ihr Aufbau kann sich geschichtlich nur mittels des Pfluges auf dem Grundbesitz oder der Mutter Erde, als Ausgang alles natürlichen und deshalb auch sittlichen Lebens, vollziehen.

16. Zunächst gab Gott dem Menschen zu essen von allerlei Bäumen im Garten, und dann erst gebot er ihm nicht zu essen vom Baum des Erkenntnisses Gutes und Böses, im Andern Wein von seinen Weinen und Fleisch von seinem Fleisch zu erkennen und auf das eine Fleisch der Ehe sein Dasein für Zeit und Ewigkeit zu gründen; und Christus — that er nicht dergleichen, wenn es ihn des hungernden Volkes jammerte und er demgemäß die Tausende, die gekommen waren ihn zu hören, vor allem satt machte und dann erst ihnen das Himmelreich predigte?

17. Also hat auch der Staat zu thun, in Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, zu Gunsten nicht dieses oder jenes sich auf



Arbeiterkolonien und Verpflegungsstationen meldenden Einzelnen, sondern der, zu Gliedern eines Leibes organisch zusammengefaßten Gesamtheit, als dem allein Möglichen und Erreichbaren, und weil Friedrich der Große hierin, bei einem Jahresbedarf von nur 200 000 Thalern für den eigenen königlichen Haushalt vor Allem darauf Bedacht habend, „wie ein Jeder bei seinem Gewerbe bestehe und sein Auskommen finde“, die oberste seiner Regentenaufgaben für sein „geliebtes Volk“ erkannte, namentlich aber bei aller Förderung der Industrie das Fundament des Staates in der, gegen jede Art kapitalistischer Ausbeutung möglichst gesicherten Ertragsrente eines wohlbebauten und bewahrten Grundbesitzes sah, befähigte er sein Volk zu vaterländisch sittlichen Leistungen, wie kein anderes Volk sie aufzuweisen hat, und haben wir es hauptsächlich ihm zu danken, daß König Wilhelm I. so unvergleichlich Großes zu vollbringen im Stande war. Ohne die, in der Landschaftschöpfung und deren korporativ-erzieherisch gipfelnde „Arbeitsorganisation“ des großen Königs hätten hierzu die Menschen im pflug- und wettergehärteten Bauer, vor Allem auch in einem Bismarck gefehlt.

18. „Elendes Gefindel, diese Bauern!“ In dieses Vernichtungsurtheil faßt Zola das Schaubild zusammen, welches er in seinem „La terre“ von dem Bauer Frankreichs ohne Unterschied der Größe entwirft; gegenüber der kapitalistischen Weltkonkurrenz wirtschaftlich „anarchisch frei sich selbst überlassen“ und deshalb, in Ermangelung jeder Gemeinschaftsordnung für den Widerstands- und gegenseitigen Erziehungszweck, zur stetig steigenden Ertragslosigkeit seiner Arbeit verurtheilt, sank dieser auch rechtlich und sittlich, trotz Rechtsstaat und Kirche, bis zur äußersten Tiefe menschlicher Bestialität, und ist höchstens nur der Gendarm noch ihm Gewissen; das deutsche „Wehrlos, ehrlos“ gilt eben mit unerbittlicher Logik auch für das Wirtschaftliche des täglichen Brodes, und nicht umsonst heißt es im Prediger, daß „es besser sei zwei denn eins“ und daß „Einer mag überwältigt werden, aber zwei mögen widerstehen.“

19. Im Antrage Kaniz liegt die Entscheidung, ob den deutschen Bauer dasselbe Schicksal erwartet wie den Frankreichs, auch er an den Staat für Heer und Verwaltung, wie nicht minder an die Städte für Handwerk, Industrie und Kaufmannsstand nur noch „elendes Gefindel“ abzugeben hat und derart verlumpt, daß, wie nicht bloß Zola erzählt, sondern es sich thatsächlich bei unseren westlichen Nachbarn seit Umwandlung des Palais Royal in ein öffent-



liches Haus durch einen Prinzen des Hauses Orleans einbürgerte und es auch bei uns nicht mehr zu den ungewöhnlichen Dingen gehört, die Haltung öffentlicher Häuser für etwas durchaus Ehrbares für sich und seine Kinder, ja, weil am mühelosesten und einträglichsten, für eine Art von Erwerbsideal gilt.

20. Wenn nämlich der Antrag Kanitz durch Kontingentirung des Einfuhrbedarfs einen derartigen Preisstand des Getreides bezweckt, daß derselbe stetig zu Gunsten nicht bloß des Starken, sondern der großen Masse der hochverschuldeten Schwachen, die Produktionskosten deckt und dem Bauer nach gleichem Recht unterschiedlos sein Auskommen sichert, so hat man hierin den letzten festen Punkt zu erblicken, welchen der deutsche Bauer und sei es mit dem eigenen Leben halten muß, will er nicht gleich seinem westlichen Nachbar wirthschaftlich=rechtlich und damit auch sittlich rettungslos für immer verloren sein; dem Antrage wohnt demgemäß, allerdings unter der Voraussetzung einer wesentlich anderen Ausführungsform, eine hohe sittliche Bedeutung, und zwar bis zu dem Grade inne, daß von seiner Verwirklichung, als erstem positiven Schritt zu einer zielbewußten wahren Sozialreform, national=sittlich und hiermit überhaupt die Zukunft des Deutschen abhängt.

21. Genau wie für den Einzelnen bildet für die Gesamtheit eines Volkes ein gewisses Maß wirthschaftlicher, nicht auf Glücksspiel, sondern auf bloße Arbeit gegründeter Unabhängigkeit oder wenigstens mit Arbeit verknüpfter Daseinsicherheit die unerläßliche Voraussetzung sittlicher Freiheitsentwicklung; wie wohl aber kann von einer solchen für den Deutschen überhaupt die Rede sein, so lange derselbe die Schmach erträgt, daß das Großkapital und insbesondere die Börse von New-York ihm ganz nach Willkür den Brodpreis vorschreiben und die Butter vom Brode nehmen?

22. Mag die Krisis der Landwirthschaft noch so sehr eine internationale sein, so ist dieselbe nach dem deutschen Kernwort „Selbst ist der Mann“ für uns doch lediglich national, und zwar nicht mit allerlei Apothekerwaare kleiner Mittel, sondern allein dadurch zu überwinden, daß eben jener Schmach wider die nationale Ehre ein= für allemal von Grund aus ein Ende gemacht wird.

23. Hierzu ist der Antrag Kanitz der einzige Erfolg versprechende Weg, und wenn nun mit ihm vermöge seiner national=sittlichen Bedeutung der Bauer in der Bresche für die ganze Nation steht, so ist nicht abzusehen, wie für ihn aus dem Antrage, sowie daraus, daß



er für dessen Verwirklichungszweck sich zu einem Bunde zusammenhat, ein Vorwurf hergeleitet werden kann, mag immerhin die große Masse zunächst das eigene Interesse, wie leider Gottes fast ausnahmslos Alle, im Auge haben; jedenfalls muß es in Rücksicht der national-sittlichen Bedeutung, welche faktisch die Bewegung des deutschen Bauers hat, für eine Entäußerung von allem nationalen Ehrbewußtsein, ja für ein Verbrechen an der vaterländischen Geschichte gelten, wenn der deutsche Bauer dafür, daß er thatsächlich mit dem eigenen Dasein das der ganzen Nation vertheidigt, mit den niedrigsten Verdächtigungen nach Art der Kölner Zeitung und anderer, mit Stempel- und Inseratensteuerfreiheit unter seinem Schutze im Fette schwimmender kapitalistischer Tagesblätter überhäuft wird.

24. Und haben die betreffenden Blätter nicht selbst die Empfindung, wie sie mit ihrer Anschauung immer mehr vereinsamen gegenüber einer Bewegung, welche, mag sie augenblicklich noch so sehr im Sonderinteresse ihren Schwerpunkt haben, sichtlich zu einer nationalen wird, weil der Deutsche noch zu ideal denkt, um seiner ganzen geschichtlichen Vergangenheit zu entsagen und hiermit sich selbst aufzugeben. Jedenfalls dürften die Herren Journalisten schon als Menschen nicht so streng speziell mit dem, „Gutsbesitzer“ oder „Großgrundbesitzer“ genannten größeren Bauer ins Gericht gehen, wenn derselbe nach genug der sauren Tage sich einmal einen frohen Tag macht; irt Jama nicht, sollen die Herren bei der Einweihungsfeier des Wilhelmskanals eine staunenswerthe Konsumtionsfähigkeit entwickelt haben, und da könnten sie davon wohl ein ganz klein wenig auch dem Bauer gönnen; von regelmäßigen Früh- und Abendhoppfen und manchen anderen Dingen üppigen Stadtlebens ist für diesen ohnehin nicht die Rede, und dafür, daß das nach Goethe „Schwerste von Reichen guter Tage“ ihn nicht in Versuchung bringt, ist zur Zeit auch ohne die Herren aufs Beste gesorgt.

25. Ja, dem Schutze, der Arbeit des deutschen Bauers haben wir vor Allem es zu danken, wenn der Deutsche endlich eine, im Aeußeren gesicherte Heimath sein Eigen nennen darf. Denn wer war es, der seit dem großen Kurfürsten, namentlich im siebenjährigen Kriege und 1813, ja bis 1866, mit seinem Gut und Blut, man darf sagen, wiederholt bis aufs letzte Hemde und den letzten Athemzug, die Kosten des deutschen Einigungswerkes in dessen Anfang und Fortgang zu tragen hatte? Der ostelbische Bauer so gut wie allein, und lediglich deshalb blieb er in seiner Kultur gegen das übrige Deutschland zurück. Und wer war es, der 1870/71 abermals wieder



zum mindesten nicht das Kleinste zum endlichen Abschluß des deutschen Einigungswerkes beitrug? Doch gewiß nicht die Herren der Börse, sondern, mit einem Bismarck, dem deutschesten aller Bauern, an der Spitze, der deutsche Bauer in seiner Gesamtheit mit von Großkapital und Industrie noch unangekränktem furor teutonius. Ja, weiß denn die Geschichte überhaupt etwas von nemnenswerthen großen Staatsmännern und Heerführern, die aus Großkapital, Industrie und Handel hervorgegangen wären?

26. Was indeß brachte das deutsche Einigungswerk dem Bauer zum Lohne ein? Während Großkapital und Industrie durch einen geradezu phänomenalen Aufschwung das Vaterland mit der Sozialdemokratie und den verschiedensten anderen Dingen einer kranken Gesellschaft beglückten, unterlag der Bauer inzwischen der Vivisektion, indem ihm ein Stück Fleisch nach dem andern vom Leibe geschnitten wurde, ja wurde er sogar durch des Reiches zweiten Kanzler auf den Aussterbeetat gesetzt, weil das deutsche Reich ein Industriestaat geworden und deshalb des Bauers nicht mehr bedürfe. Zuerst wurden ihm Wolle, Naps und Kartoffeln um ziemlich die Hälfte bei gleichzeitiger Steigerung der Produktionskosten entwerthet, dann kamen hierin Zuckerrübe und Gerste an die Reihe und nun wurde er durch die Handelsverträge des Letzten, was ihm zum Leben blieb, des letzten festen Stützpunktes seiner Arbeit mit der Entwerthung der Brodfrucht beraubt.

27. Ihn zum Ersatz dafür auf verstärkte Viehhaltung zu verweisen, ist baarer Unsinn. Jedem, der von Landwirthschaft überhaupt eine Ahnung hat, ist bekannt, daß die Viehhaltung für die Landwirthschaft der Ebene nur ein nothwendiges Uebel zur Düngergewinnung ist und daß der Ertrag des Ackerlandes in eben demselben Verhältniß sinkt, wie der Dünger in Folge Entwerthung der Viehproduktion im Preise steigt. Schon beschränkt sich die Viehhaltung wegen fast gänzlichen Verschwindens der Schafe beinahe ausschließlich auf Rindvieh, und der einfachste Menschenverstand sagt einem doch, daß die Viehproduktion in Folge der hierdurch erzeugten Ueberproduktion an Milch, Butter u. s. w. selbst ohne alle Einfuhr einer Entwerthung bis zu dem Grade entgegengeht, daß bei gleichzeitiger Entwerthung der Ackerfrüchte von einer lohnenden Düngergewinnung überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Daß aber dann die völlige Verödung des platten Landes, wie in England, das Unausbleibliche ist, liegt zu Tage. Und was soll aus dem so gut wie ausschließlich auf Rindviehhaltung angewiesenen Gebirgsbewohner



werden? Sein Untergang ist vor Allem besiegelt, und den Vorgeschnack hiervon erhielt er in dem neuerdings eingetretenen Preissturz der Butter.

28. Nicht minder widersinnig, übrigens auch und vielleicht noch mehr in Hinsicht der Industrie, ist es, das Heil in der Verbilligung der Produktionskosten durch Eisenbahn- und Kanalbauten, Tarifermäßigungen, Krediterleichterung u. s. w. zu suchen. Ja, alle diese Dinge, abgesehen davon, daß sie zunächst auch wieder nur immer den Stärkeren unter den Schwachen zu gute kommen und Letztere nur um so schwächer machen, verschlimmern nur die Sache, indem sie die Produktion ohne entsprechende Konsumtionssteigerung immer mehr zu einer unbegrenzten, zum wirklichen Bedarf in keinem Verhältnis stehenden in fieberhafter Ueberhastung machen, andererseits das Auge für die Hauptsache, das Etsittlichende der heutigen Erwerbsordnung oder vielmehr an der äußersten Grenze des Anarchischen angelangten Erwerbsunordnung verschließen. Und sind denn die Menschen nicht anderwärts ebenso gescheut, ja ist es ihnen, mit kaum einen Preis habendem Grund und Boden und nach Pfennigen, wie in Indien, China u. s. w. sich berechnenden Arbeitslöhnen, nicht um noch Vieles leichter gemacht, billig zu produziren, und steht denn besonders nicht dem internationalen Großkapital die ganze Welt offen, um sich überall einzunisten, wo es ohne absehbare Ende immer noch etwas billiger zu produziren, und deshalb zu verdienen giebt, bis den Menschen, die auf Arbeit angewiesen sind, nur die ausgepreßte Zitronenschale verbleibt? Ohne eine, das Sittliche einer ewigen Weltordnung nach indo-germanischem Idealismus in allererster Reihe berücksichtigende Organisation der Arbeit müßten wir, selbst wenn lauter Marschälle unsere Handelspolitik leiteten, nach einfachster Erkenntniß eben dahin kommen, daß, wie es im 6. und 18. Kapitel der Apokalypse in allerrealster Weise heißt, „ein Maß Weizen um einen Groschen, und drei Maß Gerste um einen Groschen“ zu haben sind und „die Kaufleute weinen werden, daß ihre Waare Niemand mehr kaufen wird,“ daß es dann aber mit aller Menschenordnung ein Ende hat und alles „in Brand und Rauch“ aufgeht.

29. Gegenüber alledem und namentlich dem gewissermaßen attennäßig gelieferten Nachweis, wie sich der Niedergang unserer Landwirthschaft seit Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches Schritt um Schritt vollzog, nun aber für dieselbe mit allerlei kleinen Mitteln an die Möglichkeit einer Besserung aus sich selbst zu glauben, grenzt



an Verblendung. Eine solche wäre denkbar, ja das erfahrungsmäßig Gewisse, wenn natürliche Dinge, wie elementare Ereignisse, verheerende Kriege u. s. w. den Niedergang erzeugt hätten. Wunden, die die Natur schlägt, heilt sie gütiger Weise in der Regel selbst. Um eine derartige Wunde handelt es sich jedoch nicht; vielmehr ist der Niedergang ein durch die Dampf- und Elektrotechnik künstlich herbeigeführter; diese exproprierte völlig unvermittelt den natürlichen Markt des eigenen Landes durch den Weltmarkt, den Mittel- und Kleinbetrieb, welcher bei natürlicher Entwicklung von Angebot und Nachfrage nach dem wirklichen Bedarf auch dem Schwächsten das Recht auf Arbeit und hiermit das tägliche Brod gewährleistet, durch einen Großbetrieb, der sich vermöge des mit ihm verbundenen Großkapitals immer mehr monopolartig auf Wenige beschränkt, dem die Worte „Arbeit“ und „Angebot und Nachfrage“ im natürlichen Sinne Luft sind, und der nächst dem bloßen Genießen nur das Herrschen über Alles, was schwächer ist, nach semitischem Idealismus als erstrebenswerth kennt. Solange dieser künstlich-widernatürliche und deshalb unsittliche Zustand, ähnlich dem der Frohnzeit, wo Jeder im eigenen Hause nur solange geduldet war, wie es dem stärkeren Herrn beliebte, fortbauert, ist an eine dauernde Besserung, sowohl was den Niedergang der Landwirthschaft wie den Rückgang von Industrie, Handel und Handwerk betrifft, nicht zu denken.

30. Der Anfang zu einer Besserung liegt in dem Antrage Kaniz; denn es liegt zu Tage, daß nur, wenn es nach seinem tatsächlichen Hauptzweck gelingt, gegenüber dem Künstlichen des Weltmarkts und speziell des Börsenspiels mit dem durch das Gebet des Herrn geheiligten täglichen Brod wieder dem Natürlichen des eigenen Landesmarktes, gegenüber dem Unnatürlichen eines vaterlandslosen Großbetriebes wieder dem Natürlichen des, im vaterländischen Boden wurzelnden Mittel- und Kleinbetriebes selbst des Schwächsten zu seinem Recht zu verhelfen, davon die Rede sein kann, daß mit der Arbeit der Landwirthschaft die gesammte nationale Arbeit das Maß von Sicherheit und Stetigkeit wiedergewinnt, ohne welches alle Arbeit zu einem, das tägliche Brod entwürdigenden Glücks- und Lotteriespiel wird und schon deshalb nun und nimmermehr das Sittliche nach ihrem göttlichen Weltzweck zu fördern im Stande ist, ja dasselbe fort und fort untergraben muß.

31. Jedenfalls steht für den gesunden Menschenverstand so viel fest, daß nicht, was der Antrag Kaniz will, das Künstliche ist, wie die Menschen meinen, weil die Zeitungen es ihnen sagen, und daß



es vielmehr für das Allernatürlichste der Welt und deshalb Sittliche zu gelten hat, wohingegen das, was die ihn Bekämpfenden erhalten wissen wollen, nämlich eine Brodfruchteinfuhr, welche ohne Rücksicht auf den Bedarf und die Produktionsfähigkeit des eigenen Landes der Hauptsache nach dem Spielzweck dient, im Uebrigen aber nach dem Beispiele Englands zur Produktionseinschränkung, ja Vernichtung der Landwirthschaft und vermöge der hierdurch brodlos werdenden Menschen zur Produktionsüberspannung der Industrie führt, das künstlich Gemachte oder Unnatürliche und deshalb auch zum Tode führende Unsittliche ist. Wer eben fortgesetzt kauft, was er nicht brauchen oder dessen er entrathen kann, verfällt dem äußeren und inneren Bankerott, ob es sich um den Einzelnen oder ein ganzes Volk handelt.

32. Vertritt nun aber der Antrag Kanitz im wichtigsten Stück aller natürlichen Dinge, dem des täglichen Brodes, das Sittliche gegenüber dem jetzigen Unsittlichen und hat man in ihm allein den Weg zu erkennen, das Vaterland vor dem Tode im allgemeinen Bankerott, namentlich auch dadurch zu bewahren, daß nicht schließlich selbst das aufgehäufte Kapital, wie wir dazu mit dem rapiden Sinken des Zinsfußes, vor Allem zum Schaden der Wittwen und Waisen, auf dem besten Wege sind, ohne Ertragsrente des Grund und Bodens vergeblich nach gesicherter lohnender Anlage sucht, so muß er auch zur Ausführung kommen, will die kaum politisch geeinte deutsche Nation nicht sich selbst aufgeben. Freilich muß dann aber auch ein Ausführungsweg eingeschlagen werden, der das dem Antrage innewohnende Sittliche zur praktischen Geltung und Uebung bringt, damit er seinen Hauptzweck, den Anfang einer sittlichen Volksorganisation oder Ordnung zu bilden, auch wirklich erfüllt.

33. Hierzu ist dreierlei erforderlich, nämlich 1. die Beschränkung des Antrages auf die Brodfrucht unseres Breitegrades, den Roggen und Weizen, 2. ein Einheitspreis und 3. die Ausführung nicht durch den Staat, sondern durch die mit ihrem Interesse unmittelbar Betheiligten nach korporativer Zusammenfassung.

34. Die Beschränkung auf die Brodfrucht ist das Unerläßliche, um für die Gesamtheit das Sittliche gegenüber dem bloßen Sonderinteresse voll zum Ausdruck zu bringen; ohne Einheitspreis ist die Sache überhaupt nicht zu machen, schon weil nicht absehbar erscheint, wie für die Preisbildung nach dem, ohnehin wegen des Einflusses der Börse ganz problematischen 40jährigen Durchschnitt gemäß dem



Anfrage eine gerechte Zonenabgrenzung möglich sein sollte, und was bei einer bürokratisch-geheimrätlichen Ausführung durch den parlamentarischen Staat herauskommen würde, kann sich wohl ziemlich Jeder selbst sagen.

35. Hinsichtlich der Beschränkung auf die Brodfrucht erübrigt sich sonst wohl jedes weitere Wort; was aber den Einheitspreis betrifft, so möchte es wohl zweifellos erscheinen, daß, soll die in der Familie wurzelnde Idee, „eines einigen Volkes von Brüdern“ im nationalen Gedanken zur Verwirklichung gelangen, der Einheitspreis des täglichen Brodes für alle Familienmitglieder das allein Gerechte ist und für den Zweck wahrhafter Gleichberechtigung umso mehr das Allen nächste sein muß, als ja nach der gegenüberstehenden Gleichverpflichtung nach christlicher Idee Keins sein Brod umsonst, d. h. ohne Arbeit essen soll und darf. Auch empfiehlt er sich praktisch zur Beseitigung der Härte, die darin liegt, daß Gegenden mit wegen Mißwachses unauskömmlichen Ernten auch noch eine Brodvertheuerung erleiden. Anlangend endlich die Ausführung ist es wohl das Natürliche, daß diejenigen, die von einer Einrichtung den unmittelbaren Nutzen haben, auch zunächst für den Ausführungszweck im Wege der Selbstverwaltung unmittelbar in Anspruch zu nehmen sind, zumal bei centralisirter Ausführung durch den Staat es unvermeidlich wäre, daß nicht er, sondern auch wieder Großhändler die Sache machten, hiermit aber der Versuchung ein neues unbegrenztes Feld eröffnet würde.

36. Unbedingt möchte anzuerkennen sein, daß wenn unter Friedrich dem Großen durch entsprechende Einrichtungen ein stetiger Brodpreis derart erreichbar war, daß, während nach seinem eigenen Zeugniß zu Anfang der 1770er Jahre in Sachsen und Böhmen der Scheffel Roggen auf 5 Thaler stieg und Hunderttausende verhungerten, er in Preußen nur 2 Thaler kostete, daselbe heute um so leichter ausführbar sein muß, als für den Zweck die fortgeschrittenen Verkehrsmittel hervorragend ins Gewicht fallen. Und vergaß man denn schon ganz, daß im Jahre 1892, also erst vor 3 Jahren, die Börse es zu Stande brachte, den Roggenpreis für die Zeit etwa von Februar bis August, also für die Zeit, wo die Böden des Landwirths der Regel nach leer sind, bis auf über 200 Mk., ja im Detailverkehr bis auf 250 Mk. pro Tonne zu treiben und ebenso rasch bis zum Dezember auf fast die Hälfte sinken zu lassen. Schreiber dieser Zeilen, der sonst mit der Börse grundsätzlich nichts zu thun hat, wollte wegen völliger Auswinterung seines Roggens sich mit seinem Bedarf für



Saat und Deputat bei Zeiten an der Börse decken, wurde aber von dem langjährigen Abnehmer seines Getreides, an welchen er sich deshalb wandte, belehrt, daß die zu erwartende Waare für ihn wegen mangelhafter Qualität nicht zu brauchen sein würde, und mußte schließlich 25 *M* pro 100 Kilo zahlen. Zur Mehl- und Brodbereitung für die misera plebs galt indeß die Börsenwaare für gut genug, nachdem sie ihre Monte Carlo-Schuldigkeit gethan hatte. Wie kann da von Volksgesundheit und Ordnung die Rede sein?!

37. Ordnung ist die Grundlage aller und speziell innerer Gesundheit oder der Zufriedenheit und mit dieser alles Glückes; sie ist aber nicht denkbar ohne bis zu einem gewissen Grade verlässbaren hausväterlichen Voranschlag von Einnahme und Ausgabe für den täglichen Brodzwecf. Die Möglichkeit dieser Voraussezung wurde für die große Masse der mit ehrlicher Arbeit Befassten durch Weltmarkt und Börse elementarartig vernichtet, und deshalb schwindet mehr und mehr aus der Welt alle Ordnung und Zufriedenheit. Zu deren Wiederherstellung und Befestigung giebt es keinen anderen Weg, wie den des Antrages Ranz mit Beschränkung auf die Brodfrucht, Einheitspreis und Selbstverwaltung.

38. Der letzte Punkt, nämlich der der Selbstverwaltung ist von besonderer Wichtigkeit, weil er, abgesehen davon, daß in der Selbstverwaltung der allein wirksame Schutz des Arbeiterstandes liegt, den natürlichen Ausgang einer sittlichen Organisation für den Zweck der allgemeinen Arbeitspflicht ebensowohl der Großen und Starken, wie der Kleinen und Schwachen in Ergänzung der allgemeinen Wehrpflicht bildet, nächst dem aber das gegen den Antrag aus den Handelsverträgen hergeleitete Bedenken beseitigt. Zweifellos hat doch die Landwirthschaft genau wie die verschiedenen Industriezweige das Recht, sich für den Wehrzweck gegen die erdrückende Uebermacht des Weltmarktes zu einem dem letzteren möglichst gewachsenen Groß- oder Kollektivbetriebe zu vereinigen, und wenn nun dies wegen der großen Zahl ihrer Individualbetriebe nicht anders, wie dadurch erreichbar ist, daß der Staat sie korporativ-genossenschaftlich zusammenfaßt und ihr eine geregelte Brodversorgung des Landes überträgt, so ist nicht abzusehen, was überhaupt hiermit die Handelsverträge zu thun haben sollen.

39. Diese enthalten keine Bestimmung, die der Einrichtung entgegenstände, und speziell von einem Einfuhrverbot könnte doch nicht im Entferntesten die Rede sein, wenn der Genossenschaft im Interesse staatlicher Selbsterhaltung die Ermächtigung ertheilt würde, nur so viel an Brodfrucht aus dem Auslande zu beziehen, wie zur gesicherten



Landesernährung nothwendig ist. Wollte man aber in der Einrichtung wirklich eine Verletzung der Verträge sehen, so müßte der Staat auch für vertragsbrüchig gelten, wenn er länger die verschiedenen Kartelle und Syndikate der Industrie duldet. Haben dieselben doch thatsächlich in erster Reihe ebenfalls nur den Zweck, mit Hilfe von, ihrem Bedürfniß um Vieles mehr, als dem der Landwirthschaft Rechnung tragenden Zöllen und Eisenbahntarifen eine Einfuhr über den Landesbedarf nach Möglichkeit zu verhindern; zu ihren Gunsten heißt es eben aber immer: „Ja, Bauer, das ist was ganz Anderes.“ Andererseits müßte der Staat, wenn er sich zu der Einrichtung wegen der Handelsverträge nicht für berechtigt hielte, diejenigen Staaten des Vertragsbruchs zeihen, welche es dulden, daß durch auf ihr Reich sich erstreckende monopolartige Ringe, Truste und sonstige Unternehmungen des Groß- und Weltkapitals, sogar unter staatlicher Förderung durch Zollmaßregeln, Refaktien u. s. w., seinen Angehörigen entweder die Ausfuhr, wie z. B. des Zuckers, entwerthet oder die Einfuhr, wie z. B. des Petroleums, vertheuert wird.

40. Auch auf handelspolitischem Gebiete muß der Deutsche endlich aufhören, die Rolle des deutschen Michels zu spielen. Hierzu wäre die Ausfuhrung des Antrages Kaniz ebenfalls der erste Schritt, indem sie einen Mißbrauch der Handelsverträge zu unserem Schaden in dem wichtigsten Stücke der Landesernährung ausschloße. Ohne das „Trau, schau, wem?“ werden ohnehin die Handelsverträge, abgesehen von ihrem allgemeinen schiedlichen Zweck der Völkerannäherung, gegenüber dem Ehrlichen mehr und mehr zu Schwindelverträgen.

41. Von einer Vertheuerung des Brodes dürfte kaum die Rede sein, sobald die fast täglichen Schwankungen des Brodfruchtpreises, besonders auch nach dem Beispiele von 1892, mit der aus ihnen für Müller und Bäcker sich ergebenden Unsicherheit unter der Voraussetzung eines Einheitspreises aufhörten. Und sollte wirklich eine Vertheuerung eintreten, so würde dieselbe voraussichtlich nur eine ganz vorübergehende sein und ihren Ausgleich in der gleichmäßigen Güte des Brodes finden. Nächstdem aber würde sich die Gesamtheit doch besser dabei stehen, wenn der aus ihr sich ergebende Gewinn im Lande bleibt und sich über alle Theile gleichmäßig ergießt, als wenn sie wie jetzt mit ihrem Broddbedarf den grünen Tisch der Börse bildet und der sich hieraus ergebende Gewinn in aller Herren Länder oder in die Tasche nur weniger Börsenspekulanten fließt; denn auch speziell den Müllern und Bäckern blüht ja bekanntlich keineswegs der Weizen.



42. Will die deutsche Nation, wie Paulus es für die ersten Christengemeinden erstrebte und auch W. Roscher es als Ideal aller Volkswirtschaft hinstellt, dahin kommen, nach dem Vorbilde des einen Leibes Christi, in welchem auch nicht die kleinste Faser, der kleinste Blutstropfen einen anderen Willen, als den des in den Kindern aufgehenden Vaters kannte, zu einer Familie zu verschmelzen und also das Himmelreich an sich zu reißen, so kommt es vor Allem darauf an, die zerstreuten, schwachen und schwächsten Glieder zu preiswerthig sich bezahlender ehrlicher Arbeit zu sammeln. Dies ist nur auf dem Wege korporativ-genossenschaftlicher, der Willkür des Stärkeren für immer ein Ziel setzender Zusammenfassung, nicht aber freigenossenschaftlicher, den Starken immer wieder nur noch stärker machenden Ueberlassens erreichbar, und der natürliche Anfang muß mit dem Landwirth gemacht werden; in dem Schutze seiner Arbeit, seines Auskommens liegt auch der Schutz der Arbeit, des Auskommens des Handwerkers und Kleinkaufmanns, kurz des gesammten gewerblichen Mittelstandes; geht er zu Grunde, so ist dieser in seiner Gesammtheit rettungslos verloren und giebt es nur noch Millionäre und Proletarier.

43. Hiervor will der Antrag König das Deutsche Reich gemäß dem Ideal Friedrichs des Großen, der meinte, daß nicht der Staat der glücklichste sei, der die meisten Millionäre, sondern der die wenigsten Proletarier besitze, bewahren. Darum aber gilt es, daß für denselben nicht bloß der Landwirth, sondern Mann für Mann Alles eintritt, was sich zum Mittelstande zählt und überhaupt noch das Wort „Herz“ kennt, und zwar möglichst zu einer **sozial-monarchischen** Partei in dem Kaiserlichen Kampfesruf „Für Sitte, Religion und Ordnung“ geeint, zur Bekämpfung der mit dem Semitismus Hand in Hand gehenden Sozialdemokratie. Noch bildet der Mittelstand die Mehrheit des Volkes, und ist er erst in einem, ja im nothwendigsten Stück einig und gelangt er hiermit dazu, daß ein Wille, ein Geist und zwar in Rücksicht der sittlichen Seite der Sache der eine Wille, der eine Geist Gottes ihn erfüllen, so wird sich mit dem Was des zunächst Gewollten auch das Wie der Vollbringung oder Ausführung sowohl für dieses, wie für alles Weitere ganz von selbst einstellen. Hierzu auf Grund der vorstehenden Friedensgedanken einen Beitrag zu liefern, wurde mit den nachfolgenden Grundzügen eines Gesetzentwurfs, betreffend die Einrichtung einer landwirthschaftlichen Produktiv-Genossenschaft für Weizen und Roggen unternommen. Von der Liebe zum Vaterlande eingegeben,



möge die Arbeit eben solcher Liebe und deshalb auch freundlicher Nachsicht begegnen. Die Hauptsache bleibt jedoch, daß ein zweiter Bismarck mit dem vaterländisch begeisterten Herzen sich findet, der den Antrag Kanitz dergestalt zur That macht, daß derselbe als Anfang einer sittlichen Organisation an der Hand des täglichen Brodes zum Licht und Bahnbrecher einer neuen wahrhaft besseren Zeit wird, nicht bloß für uns, sondern für die ganze Welt.

44. Eine dreifache Erkenntniß erscheint hierzu von besonders prinzipieller Bedeutung, und zwar:

- a) daß ein, vor Allem auch sittlich wirksamer Schutz des Arbeiters nur im organischen Zusammenhange mit der Arbeit selbst, nun und nimmermehr aber, wie er jetzt erstrebt wird, im feindlichen Gegensatz zu derselben oder zum Arbeitgeber denkbar ist, sei letzterer selbst ausschließlich der Staat nach der Utopie der verschiedenen Zukunftsstaate,
- b) daß demgemäß auch eine, ohne Umsturz alles Bestehenden und gleichwie der Seele ohne Leib unmögliche Organisation des Arbeiters für sich als vierter Stand der ewige Krieg zwischen Arbeit und Kapital wäre, während doch nur in der Versöhnung beider das Ziel einer wahren Sozialreform gesucht werden kann,
- c) daß der Großgrundbesitz für denjenigen sozialen Faktor zu gelten hat, dem nach korporativer Zusammenfassung des ländlichen Grundbesitzes in erster Reihe die Befriedigung des dringendsten aller Bedürfnisse des täglichen Brodes, des Heimstättenbedürfnisses, obliegt, und daß er sich hierzu im Interesse friedlicher Entwicklung um so mehr zu den äußersten Opfern zu entschließen haben wird, als er in seinem heutigen Größenverhältniß, wenigstens als Gegenstand einer Arbeitsrente, nach dem unabwendbaren Lauf der Dinge wegen Arbeitsmangels unhaltbar ist.

45. „Nur die absoluten Gedanken sind mächtig in der Welt.“ Will das deutsche Reich für den Zweck des Weltfriedens mächtig bleiben, so darf es sich nicht an dem absoluten Gedanken der allgemeinen Dienstpflicht für den Wehrzweck genügen lassen; es muß sich vielmehr eben demselben Gedanken auch für den Nährzweck zuwenden. Schließt ja doch die unvergleichliche Praxis der Hohenzollern jeden Zweifel darüber aus, daß nur die zielbewussteste Förderung beider Zwecke der Weg ist, einen Staat, und sei es der kleinste und von Natur ärmste, auf den Gipfel der Macht zu führen. Kann man



sich aber als absoluten Gedanken für den allgemeinen Nährzweck wohl etwas Natürlicheres denken, wie den Antrag Ranik, wenn derselbe den Berufsstand des Kornbauers derart befestigt sehen will, daß der Verjüngungsbrunnen der Völker, als welcher letzterer nach einer ewigen Weltordnung zu gelten hat, vor weiterer Trübung oder gar geschichtlich unheilbarer Versumpfung bewahrt bleibt?

46. Ohne eine Organisation, welche das Sittliche oder das Herz mit berücksichtigt, ist dies jedoch unerreichbar, gleicht der Antrag Ranik, wie alle anderen Vorschläge und bereits ins Werk gesetzten Maßregeln zur Erhaltung des Bauernstandes, der Art ohne Stiel, und ist der Zweifel durchaus berechtigt, ob er der Landwirthschaft wirklich zu helfen im Stande ist, schon weil sein Dasein und seine Entwicklung von dem Wechsel parlamentarischer Majoritäten abhängen würde. Mag das neue bürgerliche Gesetzbuch als ein zweifellos relatives Bedürfniß Gesetzeskraft erhalten, so müssen wir doch, soll endlich der absolute Gedanke im Recht, nicht des grünen Tisches, sondern des für Alle gedeckten Tisches des großen Abendmahls nach der eigentlichen Ausgangsidee des Christenthums, in der Welt mächtig werden, ebenso, wie wir ein Handelsgesetzbuch und eine Börsenordnung haben, auch zu einem Gesetzbuch der Landwirthschaft, wie nicht minder übrigens des Handwerks, der Industrie und aller Zweige ehrlicher Arbeit kommen, und auch hierzu hat der Antrag Ranik den Anfang zu bilden. Im Pflichtenstaat muß Jeder wenigstens wissen können, was für ihn Rechtens sei; heute weiß dies so gut wie Keiner. Unbedingt hätten sich die Menschen aber insgesamt endlich des absolutesten aller Gedanken zu erinnern, daß „Lieben seinen Nächsten als sich selbst, das besser ist, denn Brandopfer und alle Opfer“.



## Grundzüge eines Reichsgesetzes

betreffend

die Einrichtung einer landwirthschaftlichen Produktivgenossenschaft für Weizen und Roggen.

### Abschnitt I.

#### Zweck und Begrenzung.

##### § 1.

Alle Landwirthschaftsbetriebe des Deutschen Reiches, soweit sie der Regel nach über den eigenen Ernährungs- und Saatbedarf der Inhaber für sich und ihre Arbeiter Weizen und Roggen oder auch nur eine dieser beiden Bodenfrüchte für den Verkaufszweck produziren, bilden unter dem Namen „Landwirthschaftliche Produktivgenossenschaft des deutschen Reiches für Weizen und Roggen“, sowie unter der General-Garantie sämtlicher Genossenschaftsverbundenen eine Korporation auf kooperativer Grundlage, deren Zweck ist:

- a) die dauernd gesicherte und geregelte Brodversorgung des Reiches in Unabhängigkeit vom Weltmarkt und allem Glücksspiel mit dem täglichen Brod des Volkes,
- b) die dauernde Sicherstellung einer, Kapital und Arbeit des Landwirths bezahlenden Ertragsrente,
- c) die Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen für den weiteren korporativen Ausbau des landwirthschaftlichen Gewerbes.

##### § 2.

Die untere Grenze der korporativ Gebundenen wird nach dem Grundsteuerreinertrage oder sonstigen Merkmalen für jeden Staat, vorbehaltlich etwaiger späterer Aenderungen durch Genossenschafts-



gesetz (§ 9 letzter Absatz), im Verwaltungswege von den einzelnen Regierungen bestimmt.

Die außerhalb der Begrenzung verbleibenden Ackerbautreibenden und ebenso alle bei der Landwirthschaft ständig oder vorzugsweise beschäftigten Arbeiter, gelten als Schutzbefohlene der Genossenschaft.

Wegen des organischen Anschlusses beider durch Reichsgesetz an die Genossenschaft sind seitens derselben längstens innerhalb 3 Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes der Reichsregierung Vorschläge zu unterbreiten.

In Hinsicht des ausnahmsweisen Verkaufs von selbstgewonnenen oder als Naturallohn empfangenen Weizen und Roggen unterliegen im Uebrigen auch die Schutzbefohlenen den Vorschriften dieses Gesetzes.

## Abchnitt II.

### Grundlagen der Organisation.

#### § 3.

Zur Erreichung der im § 1 genannten Zwecke wird der Genossenschaft das ausschließliche Recht zum Einkauf der beiden bezeichneten Brodfrüchte behufs Deckung des Inlandsmehlbedarfs übertragen. Dagegen sind die Genossenschaftsverbundenen verpflichtet, ihren zum Verkauf produzierten Weizen und Roggen auch ausschließlich an die Genossenschaft abzugeben.

Sollte der Fall eintreten, daß andere Brodfrüchte bezw. das aus solchen gewonnene Mehl Verwendung zur Brodbereitung finden, so kann auch auf diese der Genossenschaftsbetrieb durch Reichsgesetz ausgedehnt werden.

Der Mehlverkauf unterliegt im Inlandsverkehr keinerlei Beschränkung.

#### § 4.

Der Einkaufshöchstpreis beträgt für Weizen 18 Mark und für Roggen 15 Mark, der Verkaufshöchstpreis für Weizen 19 Mark und für Roggen 16 Mark pro 100 Kilo.

Eine Aenderung der Preise kann nur durch Reichsgesetz erfolgen.

Der Inlandsverkehr mit Saatweizen und Roggen bezw. deren Bezug aus dem Auslande unterliegen der statutarischen Regelung der Genossenschaft.

Der Heeresverwaltung liefert die Genossenschaft ihren Brodgetreide bezw. Mehlbedarf zum Selbstkostenpreise mit einem verhältnismäßigen Zuschlage zu den Verwaltungskosten.



Auch ist die Genossenschaft berechtigt, im freien Ein- und Verkaufsverkehr ihr alles sonst an landwirthschaftlichen Produkten Benöthigte zu liefern.

Endlich ist sie zur Vermittlung des gesammten wirthschaftlichen Absatzes und Einkaufs ihrer Angehörigen befugt.

#### § 5.

Soweit der Bedarf an Brodbereitungsmaterial nicht durch die Inlandsproduktion gedeckt wird, ist dasselbe, sei es in Form von Weizen und Roggen, sei es in Form von Mehl aus diesen beiden Bodenfrüchten, durch Einkauf im Auslande von Seiten der Genossenschaft zu beschaffen. Dieser steht hierzu das ausschließliche Einfuhrrecht zu.

Die für den Zweck der Handhabung des letzteren erforderlichen Einfuhrscheine sind ausschließlich vom General-Genossenschaftsdirektorium (§ 7) zu ertheilen; doch kann auf Grund ertheilter Blankets die Ausfertigung auch durch die Bezirksdirektorien oder Genossenschaftsräthe (§ 8) erfolgen.

Ebenso solcher Einfuhrscheine bedürfen diejenigen, welche

- a) Futtermehl und Mehl überhaupt oder Brodgetreide, behufs Gewinnung von Spiritus, Preßhefe oder Stärke, sowie für sonstige nicht der Gewinnung von Mehl zur Brodbereitung des Inlandskonsums dienende Zwecke,
- b) Brodmehl oder Brodgetreide zur Mehlbereitung für den Zweck der Wiederausfuhr oder des Ausfuhrhandels, ohne Vermittlung der Genossenschaft aus dem Auslande beziehen.

Das zu diesen verschiedenen Zwecken eingeführte Brodgetreide bezw. Mehl unterliegt ohne das Erforderniß des Identitätsnachweises dem Nachweis der deklarirten Verwendung mit Reichskontrolle, jedoch keinerlei Abgabe an die Genossenschaft.

Die nothwendigen Kontrollvorschriften erläßt der Reichskanzler nach Anhörung des Bundesraths mit Gesetzeskraft.

Unberührt bleiben die bestehenden Zölle und Vorschriften über deren Erhebung.

#### § 6.

Der aus der Differenz zwischen dem Ein- und Verkaufspreise, sowie sonst sich ergebende Gewinn darf nach Deckung der Verwaltungs- und Betriebskosten nur Allgemeinzwecken der Landwirthschaft und Landeskultur dienen. Insbesondere hat er zur Einrichtung eines landwirthschaftlichen Bankwesens im thunlichsten Anschluß an die



Reichsbank, zur Beförderung der inneren und äußeren Kolonisation, zu Flußregulirungen, zu Moorkulturen, Hebung der Vieh- und Pferdezuucht, endlich zur Verhütung und Abstellung von Nothständen Verwendung zu finden.

Das Nähere über die Art der Verwendung wird durch Genossenschaftsstatut bestimmt. Den Schwerpunkt werden fürs Erste die Ansammlung eines Edelmetall-Vorrathes zur Gründung einer landwirthschaftlichen Genossenschaftsbank, sowie die Auffammlung eines Reservefonds zu bilden haben.

#### § 6a.

Als Hauptgeſichtspunkt für das Genossenschaftsstatut und den weiteren korporativen Ausbau ist daran festzuhalten, daß das ganze ungetheilte deutsche Vaterland es zu sein hat, dem die Genossenschaft unter vorzugsweiser Berücksichtigung der schwächsten Theilglieder zu dienen berufen ist. Dies schließt jedoch nicht aus, daß das Statut eine Theilung des General-Genossenschaftstages (folgender Paragraph) in der Weise in Aussicht nimmt, daß derselbe sich nach den verschiedenen Ländern oder für mehrere dieser aus Abtheilungen zusammensetzt, welche die Aufgabe haben, unter Mitwirkung von Kommissarien aus der Zahl der betreffenden Bundesrathsmitglieder, in und unter sich Verständigungen über die jeweilig zu befriedigenden Bedürfnisse herbeizuführen und bei der Verwendung der für den Zweck überwiesenen Geldmittel durch die theilhaftigen Landesregierungen so lange mitzuwirken, bis die Organe hierzu (s. Begründung zu § 1) in Thätigkeit getreten sind.

Ausgeschlossen ist jede schablonenhafte Vertheilung des Gewinnüberschusses auf die verschiedenen Länder und Ländergruppen.

### Abschnitt III.

#### Innere Organisation und Verwaltung.

##### § 7.

Die oberste Leitung und Verwaltung liegt in der Hand eines aus drei Mitgliedern bestehenden Genossenschafts-Generaldirektoriums. Dasselbe hat seinen Sitz in Berlin und wird auf Vorschlag des selbst zusammentretenden General-Genossenschaftstages vom Kaiser nach Anhörung des Bundesraths von je 6 zu 6 Jahren ernannt.

Die Reichsregierung führt die Aufsicht über die gesammte Verwaltung und übt dieselbe durch Kommissarien aus. In derselben



Weise wird die Aufsicht über die untere Verwaltung für die einzelnen Staaten oder mehrere Staaten nach Vereinbarung durch die betreffenden Regierungen ausgeübt.

#### § 8.

Dem Genossenschaftsdirektorium sind Genossenschafts-Bezirksdirektorien, sowie Kreis- und Ortsämter unterstellt, und zwar Bezirksdirektorien für einen oder mehrere Regierungsbezirke, Kreisämter für einen oder mehrere Kreise, Ortsämter für Unterbezirke der Kreise.

Die mit den Arbeiten der landwirthschaftlichen Statistik seither befaßten Gemeindebehörden haben nach Wegfall und Uebergang derselben auf die Genossenschaft den örtlichen Geschäftsverkehr unter den Genossenschaftsverbundenen ihres Amtsbezirks zu vermitteln und sich insbesondere der Führung der Ortskataster (§ 12) zu unterziehen.

Jedem Bezirksdirektorium steht ein, von dem ihm zur Seite stehenden Bezirkstage immer auf je 6 Jahre gewählter und der Bestätigung des Landesherrn unterliegender besoldeter Direktor mit einem auf Lebensdauer gewählten besoldeten Syndikus, jedem Kreisamt ein, von demselben zur Seite stehenden Kreistage auf je 6 Jahre aus der Zahl der Genossenschaftsverbundenen gewählter, der Bestätigung durch den Bezirksdirektor bedürftiger Genossenschaftsrath, jedem Ortsamt ein ebenso gewählter und der Bestätigung bedürftiger Genossenschaftsältester vor.

Der Genossenschaftsrath und Genossenschaftsälteste haben Anspruch auf Entschädigung für Reisen und Zeitversäumnisse. Dasselbe gilt von den Mitgliedern der General- und Bezirks-Genossenschaftstage.

Für den Bezirksdirektor, den Genossenschaftsrath und den Ortslandesältesten sind Stellvertreter zu wählen. Der Stellvertreter des Bezirksdirektors erhält für die Dauer seiner Funktion Reisekosten und Diäten.

Die Angestellten der Genossenschaft haben den Beamten-Treueid zu leisten und unterliegen den geltenden Disziplinarvorschriften für nicht richterliche Beamten.

In Ermangelung von zum Genossenschaftsrath und Genossenschaftsältesten geeigneter Persönlichkeiten kann das Amt auch mit einer dem Genossenschaftsverbande nicht angehörenden geschäftskundigen Persönlichkeit besetzt werden.

#### § 9.

Für den Zweck der ersten Organisation hat die Reichsregierung mit Zustimmung des Bundesraths die nothwendigen vorläufigen Be-



stimmungen über die Bezirks-, Kreis- und Ortsamts-eintheilung, ebenso über die Zusammenfassung und Wahl der Kreis-, Bezirks- und General-Genossenschaftstage mit Beschränkung der Zahl auf das Nothwendige zu erlassen. Nach denselben ist die vorläufige Organisation durch die betreffenden Landesregierungen in den unteren Instanzen zu bewirken und der General-Genossenschaftstag zur Wahl des Direktoriums von der Reichsregierung einzuberufen.

Bei dieser Gelegenheit sind die erlassenen Bestimmungen einer Prüfung zu unterziehen und statutarisch festzusetzen, auch sonstige Organisationsfragen zu erledigen. Zu denselben gehört insbesondere auch die Aufstellung eines vorläufigen summarischen Verwaltungs-etats.

Die statutarischen Beschlüsse des General-Genossenschaftstages unterliegen der Bestätigung des Kaisers nach Anhörung des Bundesraths.

Mit dieser Aufgabe hat der General-Genossenschaftstag überhaupt das Gesetzgebungsrecht in Angelegenheiten der Genossenschaft auszuüben, während den Genossenschafts-, Bezirks- und Kreistagen das Gesetzesvorschlagsrecht wie auch sonst das Recht zur Stellung von Anträgen zusteht.

#### § 10.

Die vorläufige innere Einrichtung der einzelnen Verwaltungsstellen bleibt denselben nach den vom General-Genossenschaftstage zu beschließenden Gesichtspunkten überlassen. In Betracht kommen hierbei insbesondere die Einrichtung von Geschäftskontoren, die Beschaffung von Lagerräumen, die Regelung des Kassenwesens (§ 18) die Buchführung, die nothwendige Schreibhülfe, die Aufstellung von Lagerverwaltern und die Gewinnung von zuverlässigen, durch Handschlag zu verpflichtenden Geschäftskundigen, sowohl als Beirath, wie für den Ein- und Verkaufszweck. Auf Grund der hierbei gesammelten Erfahrungen sind alsdann, spätestens innerhalb eines Jahres, vom Generaldirektorium Geschäftsinstruktionen für die einzelnen Verwaltungsstellen und -Zweige zu erlassen, welche der Prüfung und Genehmigung des nächsten General-Genossenschaftstages unterliegen.

#### § 11.

Theils zur dauernden Sicherung der Bedarfsübersicht, theils zur, im beiderseitigen Interesse liegenden möglichsten Vereinfachung des Geschäftsverkehrs zwischen der Genossenschaft und den Getreideabnehmern, sowie zum erleichterten Austausch der in Bezug auf den



Geschäftsverkehr hervortretenden Wünsche, theils endlich zur gemeinsamen Ueberwachung des gesammten Betriebes werden die Müller und im § 5 sub a und b bezeichneten Interessenten für jeden Bezirk zu einer Müllekammer durch ein besonderes, alsbald zu erlassendes Gesetz zusammengefaßt, welches insbesondere der Kammer eine Mitwirkung bei der fortlaufenden Erhaltung der Bedarfsübersicht und bei dem Bezug ausländischen Getreides, namentlich wegen der hierbei maßgebenden Kontrollvorschriften zuweist und möglichst den Geschäftsverkehr zwischen Genossenschaft und Abnehmern auf der Grundlage summarischer Vorausbestellungen regelt.

Der Kammer liegt auch die vierteljährliche Veröffentlichung des Preisverzeichnisses der einzelnen Mehlabgeber, sowohl in Bezug auf die verschiedenen Mehlforten, wie in Hinsicht der Abfälle im Groß- und Kleinverkauf ob.

Die sämtlichen Kammern bilden für das ganze Reich einen einheitlichen Verwaltungsorganismus, der seinen Mittelpunkt in einer dem Generaldirektorium angezweigten und diesem unterstellten Abtheilung hat und zu deren Hauptaufgabe die ausgleichsweise Uebertragung des Mehلبedarfs der einzelnen Bezirke sowohl innerhalb derselben, wie unter sich gehört. Die etwa hierzu an besonderen Stellen zur Vorrathshaltung notwendigen Lagerräume hat die Genossenschaft zur Verfügung zu stellen; ebenso trägt dieselbe ausgleichsweise die Kosten der Uebertragung, soweit sie durch Eisenbahn- und Wasserfracht entstehen.

#### § 12.

Für den Zweck des Einkaufs im Lande ist für jede Gemeinde, für jedes selbstständige Gut ein Ortskataster anzulegen, in welches die Verkaufsmengen von Weizen und Roggen und ebenso der eigene Naturalverbrauch des laufenden Wirtschaftsjahres überschläglich bis zum 1. September und definitiv bis zum 1. April einzutragen sind. Ein Duplikat befindet sich bei den Ortslandesältesten. Aus den Katastern sind summarische Produktionsübersichten durch die Aemter bzw. das Bezirksdirektorium aufzustellen und von letzterem dem Generaldirektorium zu überreichen.

Auf Grund dieser Uebersichten können an die Einzelgüter und die Lokalverbände unter Generalgarantie der Lokalverbundenen unverzinsliche Vorschüsse nach, vom General-Genossenschaftstage zu bestimmenden einheitlichen Grundsätzen gewährt werden.

Für die gewährten Vorschüsse haftet im Brandfalle die Brand-



entschädigung, weshalb jeder einen Vorschuß Beanspruchende den Nachweis der Versicherung seiner Ernte bei Gelegenheit der Katastereintragungen zu führen hat. Außerdem genießen die Vorschüsse wie alle Ansprüche der Genossenschaft an den einzelnen Genossenschaftsverbundenen das Vorzugsrecht öffentlicher Abgaben.

### § 13.

Der Einkauf von größeren Einzelposten, sofern sie mindestens 100 Doppelzentner betragen, vollzieht sich durch Vermittlung der Kreisämter auf Grund übergebener Proben unter thunlichster direkter Ueberweisung an Abnehmer; der Einkauf von kleineren Posten, sofern nicht ebenfalls unmittelbare Ueberweisung an Abnehmer möglich ist, durch Vermittlung von, am Sitz jedes Kreisamtes einzurichtenden Lagerhäusern an bestimmten Wochentagen.

Verdorbenes und zur Mehلبereitung für den Brodzwecf ungeeignetes Getreide ist vom Einkauf ausgeschlossen.

Der Inlandseinkauf überhaupt und im Besonderen in den Lagerhäusern erfolgt auf Grund einer nach Beendigung der Ernte und zu sonstiger Zeit, sofern ein Bedürfnis hierzu hervortritt, zu bewirkender Normalqualitätsabstufung. Derselben hat sich für den Bereich jedes Kreisamtes der Genossenschaftsrath unter Zuziehung von zwei, hierzu vom Genossenschaftskreistage gewählten Ortslandesältesten und zweier von der Müllerkammer gewählten Vertreter zu unterziehen.

Die maßgebenden Muster sind sowohl im Lagerhause, wie am Sitze des Bezirksdirektors zu Jedermanns Ansicht offen zu halten. Ergeben sich beim Lagereinkauf Meinungsverschiedenheiten in Hinsicht der Qualitätsabstufung, so entscheidet der Genossenschaftsrath. Abnahme und Zahlung erfolgen nach dieser Entscheidung. Doch steht dem Betheiligten auf Grund eines nebst Muster sofort abzufendenden Rekurses der Weg der Beschwerde an das Bezirksdirektorium zu, welches endgiltig entscheidet. Für den Zweck sind im Lagerhause Formulare bereit zu halten. Im Unterliegensfalle hat der Beschwerdeführer einen mit der Entscheidung festzusetzenden Kostenbetrag zur Genossenschaftskasse zu zahlen.

In analoger Weise finden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Genossenschaft und den Abnehmern Erledigung, nur daß dann die Entscheidung unter Zuziehung der für die Festsetzung der Qualitätsabstufung gewählten Ortslandesältesten und von Vertretern der Müllerkammer endgiltig zu geschehen hat.



## § 14.

Auf Grund der Produktionsübersichten (§12) und des erfahrungsmäßigen Durchschnittsbedarfs (fürs erste Jahr ist der Bedarf aufs Reichlichste nach der Kopfzahl der Bevölkerung zu veranschlagen) sind für jeden Kreis und Bezirk, sowie für das ganze Reich alljährlich bis zum 1. Oktober Bedarfsetats aufzustellen. Diese bilden die Grundlage für die Vertheilung ebenso der disponiblen Landesproduktion, wie des aus dem Auslande zu beziehenden Brodgetreides bezw. Mehles auf die Bezirke und Kreise.

Als Regel hat bei der Etatisirung zu gelten, daß der halbe Jahresbedarf als eiserner Mindestvorrath in das neue Statsjahr zu übernehmen ist; auch ist der Mindestvorrath fortlaufend auf dieser Höhe zu erhalten.

Der Bedarfsetat und ebenso im Laufe des Betriebsjahres etwa nothwendig werdende Aenderungen unterliegen der Genehmigung des Bundesraths.

## § 15.

Für die Betheiligung der sich mit Mehlbereitung zum Brodzweck befassenden Triebwerke an dem nach dem Bedarfsetat sich ergebenden Jahreskontingent gelten folgende Vorschriften:

- a) Für jeden Kreis ist ein Kreiskataster über die vorhandenen derartigen Triebwerke anzulegen und fortzuführen. Außer dem Ort, dem Namen des Inhabers, der Einrichtungsbeschreibung und der mittleren Produktionsfähigkeit haben die Kreiskataster, sofern die Triebwerke sich mit Handelsmüllerei befassen und nicht nachweislich bloß Lohnmüllerei für den Naturalhausbedarf treiben und deshalb von der Betheiligung, vorbehaltlich der Kontrolle, ohne Weiteres ausgeschlossen sind (§ 1), auf Grund buchmäßiger Deklaration der Inhaber fortlaufend diejenigen Mengen an Brodgetreide nachzuweisen, welche im Durchschnitt der letzten 6 Jahre oder des Zeitabschnittes eines etwa kürzeren Bestehens zur Vermahlung gelangten.
- b) Jahre, in welchen Betriebsstörungen in Folge haulicher oder sonstiger rein äußerer Umstände vorkommen und deshalb das vermahlene Getreide die halbe Jahresdurchschnittsmenge nicht erreichte, kommen nicht mit in Berechnung.
- c) Nach Verhältniß der vermahlenden Jahresdurchschnittsmenge erfolgt die Vertheilung des gesammten Bedarfskontingents



- für das folgende Geschäftsjahr auf die mit Handelsmüllerei beschäftigten Triebwerke. Die bei Inkrafttreten des Gesetzes von Seiten der Genossenschaft übernommenen Vorräthe (§ 17) kommen für die erste Vertheilung zur Anrechnung.
- d) Soweit es nach technischen Grundsätzen für den Mischungszweck nothwendig ist, kann die Lieferung bis zu einem bestimmten Theile in Auslandswaare beansprucht werden, wie überhaupt den Wünschen der Abnehmer möglichst Rechnung zu tragen ist, soweit dies mit dem für die Vertheilung als Regel maßgebenden Grundsatz vereinbar ist, daß Uebertragungen der innerhalb eines jeden Bezirks verfügbaren Produktion auf einen anderen Bezirk thunlichst zu vermeiden sind.
  - e) Auf Grund von Vereinbarungen unter den Triebwerksinhabern können innerhalb des Bezirks gegenseitige Uebertragungen stattfinden.
  - f) Eine Erhöhung des Betheilungskontingents innerhalb des vom 1. Oktober ab laufenden Geschäftsjahres ist der Regel nach ausgeschlossen, kann aber insoweit erfolgen, als ein Bedürfnis hierzu von Seiten des Generaldirektoriums anerkannt wird oder Veränderungen in der Kontingentsbetheiligung der anderen Triebwerke (b) eintreten.
  - g) Ein freiwilliger, gänzlicher oder theilweiser Verzicht auf das Betheilungskontingent muß bis längstens 3 Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres angemeldet werden; im nicht durch elementare Ereignisse entschuldigten Versäumnissfalle hat die Genossenschaft Anspruch auf Ersatz des ihr etwa daraus erwachsenden Schadens.
  - h) Bei der Kontingentsvertheilung hat die Müllerkammer durch Abgeordnete mitzuwirken. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß ihr nach vorstehenden Grundsätzen die selbstständige Vertheilung überlassen wird; nicht minder kann hiermit die bezirksweise Ueberlassung der ganzen Jahres-Inlandsprovenienz für einen mit Genehmigung des General-Direktoriums zu vereinbarenden Durchschnittspreis, vorbehaltlich der Berechnung der Empfänger unter einander, und in gleicher Weise der selbstständige Bezug des Auslandskontingents von Seiten der Kammer gegen ein an die Genossenschaft zu zahlendes Aversum verbunden werden.
- Jedoch hat es im ersteren Falle dabei zu bewenden,



daß die Lieferung an die Einzelpfänger durch Vermittlung der Genossenschaft nach Maßgabe der, dieser mitgetheilten Vertheilung, und zwar einerseits behufs Berücksichtigung der Qualitätsabstufung bezw. der Preisbemessung beim Einkauf (§ 13), andererseits behufs Kontrollirung der Qualität überhaupt erfolgt, während in letzterem Falle die Genossenschaft die Einfuhrladungen auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen hat. Sowohl für den Lieferungs- wie für den Zweck der Berechnung der Empfänger untereinander ist in Hinsicht der Inlandsprovenienz die gemeinsam bewirkte Qualitätsabstufung (§ 13 Abs. 3) maßgebend. Die Inlandslieferungen haben frei Empfangsstelle zu geschehen.

- i) Die Verwaltungskosten der Müllerkammer werden auf Grund aufzustellender Jahresetats zur Hälfte von der Genossenschaft getragen; die Vertheilung der andern Hälfte ist nach Maßgabe der Einzelkontingente zu bewirken.

#### § 16.

Für den gesammten Verkauf ist im Uebrigen daran festzuhalten, daß derselbe in Hinsicht der Inlandsproduktion und zwar zur möglichsten Vermeidung entbehrlicher Lagerungen in eigenen Lagerräumen der Genossenschaft thunlichst im Wege der unmittelbaren Einweisung derart geschieht, daß das Getreide aus der Hand der Produzenten direkt in die des Abnehmers gemäß den mit diesem vereinbarten Lieferungsfristen übergeht. Neueste Vereinfachung des Geschäftsbetriebes, besonders auch durch ausgedehnteste Anwendung der Giro-Abrechnung, hat überhaupt allgemein als Grundsatz zu gelten.

Auch in Hinsicht der Auslandswaare hat möglichst unmittelbare Einweisung des Bestellers in der Weise stattzufinden, daß direkte Aufgabe der Waare an diesen auf Grund des zu ertheilenden Einfuhrscheines erfolgt. Die Lieferung selbst hat jedoch für unmittelbare Rechnung der Genossenschaft vorbehaltlich der Abrechnung mit dem Besteller zu geschehen.

Muster verkäuflichen Inlands- und Auslandsgetreides bezw. Mehles haben jederzeit auf den Kreisämtern auszuliegen.

Für den von den Abnehmern zu zahlenden Preis bildet ohne Unterschied, ob es sich um Inlands- oder Auslandsgetreide handelt, der Höchstverkaufspreis von 19 Mark für Weizen und von 16 Mark für Roggen pro 100 Kilogramm (§ 4) die Grundlage; auch ist für ihn der Regel nach die für den inländischen Einkaufszweck festgestellte



Qualitätsabstufung (§ 16 al. 3) maßgebend. Jedoch können innerhalb der Grenzen der letzteren bezw. des aus derselben sich ergebenden Höchst- und Mindestpreises, sowie bei hochfeiner Waare über den Höchstpreis hinaus Abweichungen stattfinden. Dieselben unterliegen der Vereinbarung des Abnehmers mit der zuständigen Verkaufsstelle unter event. Mitwirkung sachverständiger Beiräthe. Außerdem hat das Generaldirektorium das Recht für die Auslandsprovenienz einzelner bestimmter Länder, sofern dieselbe zur Deckung des Bedarfskontingents nicht zu entbehren ist, ein Herabgehen im Preise bis zu 2 Mark unter den Mindestpreis der Qualitätsabstufung pro 100 Kilogramm zu gestatten.

Für den Kreis besteht der Beirath aus zwei nebst ihren Stellvertretern vom Kreistage auf je 6 Jahre zu wählenden und mittelst Handschlages an Eidesstatt zu verpflichtenden Sachverständigen. Der Beirath ist bei allen freien Preisvereinbarungen über Verkaufsposten von mehr als 500 Doppelzentnern heranzuziehen. Bei Einzelposten bis zu dieser Höhe kann der Genossenschaftsrath die Vereinbarung selbstständig treffen, doch hat er die mit seinem Dienstsiegel und dem Siegel des Abnehmers zu verschließenden Muster dem Beirath bei dessen nächstem Zusammentritt vorzulegen. Die sämtlichen Muster über Vereinbarungsabschlüsse in Einzelposten von mehr als 100 Doppelzentnern sind mit genauer Bezeichnung ein Halbjahr lang zu Jedermanns Ansicht versiegelt aufzubewahren.

Ueber die Zusammensetzung des Beiraths beim Bezirks- und Generaldirektorium, sowie über seine Funktionen ist das Nothwendige statutarisch festzusetzen.

Alle Verkaufsabschlüsse sind mit dem Namen der Abnehmer, den Preisen der Qualitätsklassen und allen sonstigen getroffenen Vereinbarungen zu buchen.

Unter der Voraussetzung des vorhandenen Mindestvorraths (§ 14 Schlussabsatz) steht der Genossenschaft auch das Recht zu, Inlandsbrodgetreide in bestimmter, der Genehmigung des Bundesraths unterliegender Begrenzung gegen Erstattung des Zolles zum Auslandsverkauf zu bringen oder auch solches zu völlig frei vereinbarten Preisen im Inlande zu verkaufen, wofern es zu anderen als Mehlzwecken dienen soll (§ 5 al. 3 ff.) und sofern die Inlandsproduktion den Bedarf, namentlich auch in Folge Begehrs von Auslandswaren für den Mischungszweck übersteigt.



## Abschnitt IV.

## Uebergangsbestimmungen.

## § 17.

Ueber die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes vorhandenen Inlandsvorräthe an Brodgetreide und Mehl hat jeder Inhaber ausnahmslos eine eidesstattlich zu bekräftigende Deklaration binnen zu bestimmender Frist einzureichen. Soweit sie noch in der Hand von Produzenten sich befinden, und nicht zu anderweiten Verwendungs- bzw. Futterzwecken oder zur Ausfuhr bestimmt sind, sind gleichzeitig Probemuster mit zu überreichen. Die Vorräthe selbst werden, soweit sich das Brodgetreide nicht mehr in der Hand des Produzenten befindet, und soweit die Vorräthe nicht als zu anderen Zwecken bestimmt deklarirt werden und demgemäß den zu erlassenden Kontrollvorschriften (§ 5) unterliegen, von der Genossenschaft zu einem um 2 Mark pro 100 Kilogramm gegen den buchmäßig oder auf sonstige Weise nachgewiesenen, event. auch eidesstattlich erhärteten Einkaufspreis höheren Preise übernommen. Ausgeschlossen von der Uebernahme bleiben alle Vorräthe, welche nach dem Zeitpunkt der Einbringung dieses Gesetzes im Reichstage nach den begleitenden Umständen für den Spekulationszweck und nicht lediglich zum unmittelbaren Konsumzweck aus dem Auslande eingeführt wurden.

Uebersteigt in Einzelfällen der nachgewiesene Einkaufspreis einschließlich Zoll und Transport den für den betreffenden Bezirk zu ermittelnden Durchschnittspreis um mehr als 1 Mark pro 100 Kilogramm, so hat als Selbstkostenpreis der Durchschnittspreis zu gelten, es müßte denn der Vorrathsinhaber im Stande sein, nachzuweisen, daß der gezahlte höhere Einkaufspreis seine marktmäßige Erklärung in besonderen Verhältnissen findet.

Die Inhaber von in zweiter Hand befindlichen Vorräthen an Brodgetreide oder Mehl sind verpflichtet, sich deren alsbaldige Ueberweisung gegen Erlegung der sich im Verhältniß des nachgewiesenen Einkaufspreises zum fortan maßgebenden Verkaufs-Höchstpreise ergebenden Differenz gefallen zu lassen.

Zum Brodgetreide event. auf Grund schiedsrichterlicher Entscheidung ungeeignetes oder verdorbenes Getreide ist von der Uebernahme ausgeschlossen und darf zur Mehlgewinnung keine Verwendung finden.

Für den Zweck, ebenso der Uebergangsberechnung, wie der späteren Abgabe von durch die Genossenschaft für den Inlandskonsum etwa



aus dem Auslande bezogenem Mehl (§ 5) wird das Verhältniß des Mehls zum Rohmaterial mit thunlichster Berücksichtigung der verschiedenen Mehlsorten nach technischer Erfahrung durch den Bundesrath bestimmt.

Der Deklarationspflicht unterliegt für den Uebergangszweck auch die Militärverwaltung; doch unterliegen deren Vorräthe keiner Nachzahlung an die Genossenschaft unter der Voraussetzung ihrer ausschließlichen Verwendung für den Zweck der Heeresverpflegung.

Die in der Hand des Produzenten noch vorhandenen Vorräthe werden, soweit sie unverdorben sind und nicht als zur Mehlerbereitung ungeeignet erachtet werden, bezw. nicht dazu verwendet werden dürfen, je nach Qualität, ebenfalls zu einem um bis 2 Mark höheren Preise übernommen. Die Qualitätsabstufung hat, wie im § 13 Abth. 2 bestimmt, zu geschehen, und zwar mit dem anzunehmenden Grundselbstkostenpreise als niedrigstem Preise.

Als Grundselbstkostenpreis gilt der für den betreffenden Genossenschaftsbezirk ermittelte Durchschnitts-Einkaufspreis für in zweiter Hand befindliche Vorräthe.

Uebersteigt der Durchschnitts-Einkaufspreis der in zweiter Hand befindlichen Vorräthe den durch § 4 bestimmten fortan maßgebenden höchsten Einkaufspreis der eigenen Landesproduktion, so kommt bis zum Aufbrauch der mit dem höheren Preise bezahlten Vorräthe für diese ebenso wie für die Vorräthe der Produzenten auch ein um 1 Mark pro 100 Kilo höherer Verkaufspreis zur Anwendung.

Die Bezahlung der aus zweiter Hand übernommenen Vorräthe hat innerhalb 3 Monaten nach der Uebernahme zu erfolgen, die Genossenschaftsangehörigen jedoch haben sich auf Erfordern mit gleichmäßigen vierteljährlichen Abschlagszahlungen bis Ende des mit dem Monat Juni ablaufenden Wirtschaftsjahres ohne Anspruch auf Lagerentschädigung zu begnügen.

Die Abwicklung des ganzen Uebernahmegegeschäfts liegt einer für jeden Kreisamtsbezirk einzusetzenden Kommission ob, die aus dem Genossenschaftsrath und je einem aus der Zahl der Vorrathsinhaber und der Produzenten vom obersten Verwaltungschef des betreffenden Bezirks ernannten Mitglieder besteht.

Die Mitglieder sind durch Handschlag zu verpflichten.

#### § 18.

Für den ersten Betrieb wird der Genossenschaft von Seiten des Reiches die Summe von 20 Millionen Mark vorschussweise zur Ver-



fügung gestellt. Dieselbe ist zu verzinzen und innerhalb 5 Jahren zurückzuzahlen.

#### § 19.

Behufs Vermittlung des Geldverkehrs ist der Genossenschaft bis zur Einrichtung eigener Kassen auf die Dauer von längstens 3 Jahren die Benutzung öffentlicher Kassen auf Grund zu treffender Vereinbarungen gegen Entschädigung gestattet.

Im Uebrigen hat sich der Geldverkehr möglichst durch Reichsbank-Giro, sowie Zug um Zug zwischen Getreideabgebern und Abnehmern zu vollziehen.

Mit Inkassogeschäften dürfen nur die damit betrauten Genossenschaftsbeamten sich befassen.

### Abchnitt V.

#### Streitigkeiten in Bezug auf den Genossenschaftsbetrieb und Strafbedingungen.

#### § 20.

Streitigkeiten in Bezug auf den Genossenschaftsbetrieb zwischen unmittelbar an denselben Betheiligten unterliegen dem schiedsrichterlichen Verfahren nach § 107 des Reichs-Civilprozeßes.

Die Strafbedingungen zerfallen in

- a) besondere, den inneren Betrieb,
- b) allgemeine, den Gesamtberieb

betreffende.

Die Entscheidung in Hinsicht der ersteren steht einem Genossenschafts-Disziplinargericht, die Entscheidung in Hinsicht der letzteren den ordentlichen Gerichten zu.

Das Genossenschafts-Disziplinargericht setzt sich zusammen aus dem Genossenschaftsrath als Vorsitzenden und zwei, vom Genossenschafts-Kreistage gewählten Ortslandesältesten, die endgültig entscheidende Berufungsinstanz aus dem Bezirksdirektor als Vorsitzenden und zwei vom Genossenschafts-Bezirkstage gewählten Genossenschaftsräthen.

Den Geschäftsgang regelt ein vom Generaldirektorium mit Zustimmung des General-Genossenschaftstages erlassenes Regulativ.

#### § 21.

Den besonderen, den inneren Betrieb betreffenden Strafbestimmungen unterliegen:



- a) wissentlich falsche oder gröblich fahrlässiger Weise irrige Angaben für den Zweck der Ortskataster-Führung (§ 12),
- b) leichtere oder gröbere Versehen sowohl in Hinsicht der Vermusterung bezw. nicht probeweiser Lieferung, wie in Hinsicht des Gewichts bei Lieferungen seitens Genossenschaftsverbundener,
- c) die Nichteinhaltung der angeordneten Lieferungsfristen seitens ebenderselben.

Die Strafen sind Verwarnung, Geldstrafen bis 1000 Mark und Entziehung des Genossenschafts-Wahlrechts bezw. des Rechts zur Bekleidung von Genossenschaftsämtern auf Zeit.

Die endgültigen Straffestsetzungen sind zu veröffentlichen.

Finden die allgemeinen strafrechtlichen Vorschriften Anwendung, so ist die Sache an den Staatsanwalt abzugeben. Im Fall der etwa alsdann eintretenden Bestrafung mit Ehrverlust kann dem Bestraften das Genossenschafts-Wahlrecht bezw. das Recht zur Bekleidung von Genossenschaftsämtern durch Beschluß des Genossenschafts-Disziplinargerichts auf Lebensdauer entzogen werden.

Der Beschluß ist ebenfalls zu veröffentlichen.

## § 22.

Die allgemeinen, den Genossenschaftsbetrieb betreffenden Strafbestimmungen sind folgende:

- a) Wer ohne Einfuhrscheine (§ 5) Brodgetreide bezw. Mehl aus solchem aus dem Auslande einführt, wird mit Geldstrafe bis zu 5000 Mark oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe, auch mit Ehrverlust im Fall betrügerischer Absicht bestraft.
- b) Wer die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhandenen Vorräthe (§ 17) wissentlich falsch deklarirt oder auch die Deklarirung ganz unterläßt und ebenso wer im Inland gewonnenes Brodgetreide ohne Vermittlung der Genossenschaft verkauft oder kauft, unterliegt der Strafe des Betruges.

In leichteren Fällen kann auf Geldstrafe bis zu 500 Mark oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe erkannt werden.

- c) Wer Brodgetreide, welches als zur Brodbearbeitung ungeeignet vom Einkauf bezw. von der Uebernahme zurückgewiesen ist (§§ 13 und 17), für den Zweck der Brodbereitung verkauft oder daraus Mehl fertigt und solches ohne Vor-



behalt zum Verkauf bringt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe bestraft.

Auch kann auf Ehrverlust erkannt werden.

- d) Wer ebenfalls mit Vorbehalt ihm überlassenes Mehl zur Brodbereitung für den Verkaufszweck verwendet, unterliegt derselben Strafe.
- e) Wer die von der Reichsregierung erlassenen Kontrollvorschriften (§ 5 und § 15a) übertritt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder verhältnismäßiger Gefängnisstrafe belegt, sofern nicht die Strafe des Betruges zur Anwendung zu bringen ist.
- f) Die Strafe wegen Betruges tritt auch dann ein, wenn aus den begleitenden Umständen zu entnehmen ist, daß Ver- oder Einkäufe zur Erzielung eines höheren Uebnahmepreises (§ 17) erfolgten.

§ 23.

Erleidet die Genossenschaft durch Uebertretung der Strafbestimmungen einen Einnahme-Ausfall oder sonstigen Schaden, so ist gleichzeitig auf dessen Ersatz bis zum vierfachen Betrage an die Genossenschaft nach Anhörung derselben über die Höhe zu erkennen. Auch kann, wenn auf Ehrverlust erkannt wird, auf Entziehung des Rechts zum Gewerbebetriebe mit Getreide oder Mehl erkannt bezw. der Genossenschaft das Recht zuerkannt werden, mit dem Bestraften jeden Geschäftsverkehr einzustellen, derart, daß derselbe fortan weder auf Abgabe von Getreide bezw. Mehl, noch auf Ertheilung von Einfuhrscheinen zu rechnen hat.

## Abſchnitt VI.

### Schlußbestimmung.

§ 24.

Das Gesetz tritt mit dem                      in Kraft.

Auf den Grundlagen desselben bleibt die Organisirung des Wein-, Tabak-, Hopfen- und Flachsbaues vorbehalten.



## Begründung.

### A. Im Allgemeinen.

Soviel auch des Ungewissen und Zweifelhafteu die Gegenwart in Hinsicht unserer inneren Entwicklung birgt, so steht doch eins über jedem Zweifel erhaben fest. Es ist das, daß die deutsche Landwirthschaft, soweit man darunter den seine Scholle selbst bebauenden selbsthaften Grundbesitzer oder den noch nicht in Latifundien oder im Ackerproletariat aufgegangenen, mit seinen Arbeitern durch das Band persönlicher Beziehungen verknüpften deutschen Bauer zu verstehen hat, im sturzartigen Niedergange begriffen ist, wie auch ferner, daß dieselbe unmittelbar vor dem geschichtlich sich stets wiederholenden Zeitpunkt ihrer völligen Aufzehrung durch Handel und Industrie steht, und daß sie vor diesem Schicksal nur durch die radikalsten Gesetzesmaßregeln bewahrt werden kann.

Hierüber muß jede Illusion um so mehr fallen, als „die Geschichte kein Beispiel der Neuschaffung eines einmal aufgezehrten und ausgerotteten Bauernstandes kennt“.

Zieht man nun außerdem in Betracht, daß im geschichtlich erwiesenen, innigsten Zusammenhange mit dem Aufzehrungsprozeß, welchem der Bauernstand unterliegt, die anarchistische Zersetzung aller Gesellschaftskreise in Folge allgemeinsten, durch manchesterliche Erwerbsungebundenheit erzeugter Gesetzes- und Rechtsentfremdung im sichtsichen Fortschreiten und wirkliche Ehrfurcht, vor was es auch sei, kaum noch zu finden ist, daß nach den unnatürlichsten Dingen der Kriminalstatistik eine vielfach bereits bis zur thierischen Verkommenheit gesteigerte Art sittlicher Unzurechnungsfähigkeit immer weitere Kreise ohne Rücksicht auf Bildung und Stand erfaßt und daß, wie jeder im praktischen Leben mit offenen Augen Stehende empfindet, bis in die kleinsten Verhältnisse der feste Boden der Autorität



immer mehr ins Wanken geräth, so steht es auch weiter außer Zweifel, daß ein völlig Neues kommen muß, um solchem unhaltbaren Allgemeinzustande ein Ende zu bereiten, und es nur fraglich sein kann, ob wir dasselbe auf revolutionärem Wege von Oben oder auf revolutionärem Wege von Unten zu erwarten haben.

Noch haben **wir** die Macht, den ersteren Weg einzuschlagen.

Der Staatsrechtslehrer Stahl bezeichnete denselben seiner Zeit bekanntlich mit den Worten: „Autorität, nicht Majorität“: in praktischer Anwendung dieses Ausspruchs auf die Gegenwart heißt er „Korporativismus, nicht Parlamentarismus“.

Als natürliche Erscheinung der Reaktion gegen das individualistische Manchesterthum und dessen allzerstörende Auswüchse regt sich mächtig der Genossenschafts- oder Assoziationstrieb. In diesen muß der autoritative Heilweg durch „Zusammenfassen der realen Kräfte des christlichen Volkslebens in Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung“, wie die Vermächtnißbotschaft von 1881 besagt, anknüpfen. Nicht jedoch für den völlig problematischen Zweck bloßer panes et circenses nach dem eigentlichen Grundwesen der Versicherung der Arbeiter, sondern für den allein Erfolg verheißenden Zweck der Versicherung der Arbeit selbst, und zwar ehrlicher Arbeit, nachdem die Möglichkeit solcher Arbeit und mit derselben aller wahre Idealismus unter dem Einfluß kapitalistischer Weltentwicklung an der äußersten Grenze des Erlöschens anlangten.

Will sich aber das Reich zu solcher Art der Versicherung nach dem Nothwendigkeitsgesetz staatlicher Selbsterhaltung zielbewußt und vor Allem mit eiserner Stirn gegenüber manchesterlichem Geschrei entschließen, so liegt es wohl auf der Hand, daß das Versicherungswerk nur auf der Grundlage korporativen Zwanges geschehen kann und daß das allernächste Ziel der Versicherung die Arbeit des Ackerbauers sein muß.

Ohne gesicherte Ertragsrente des Ackerbauers, als natürlichem Ewigkeitsfundament aller ehrlichen Arbeit, schwebt nach mehrtausendjähriger Erfahrung jeder Staatsbau mit seinem gesamten Erwerbsleben in der Luft oder wird, nach Carlyle's Darstellung der französischen Revolution, zum verheerenden Vulkan, in welchen alles gute Land sich umwandelt.

Aus solchen Erwägungen ging der vorliegende Gesetzentwurf hervor. Indem derselbe das schwer erschütterte Staatsfundament durch eine gesicherte Ertragsrente der Landwirthschaft wieder be-



festigen und die zunächst unerläßliche Voraussetzung für einen weiteren korporativen Ausbau des Reiches schaffen will, verfolgt er gleichzeitig den Zweck, das Brod des Volkes ebenso jeder kapitalistischen, wie jeder Beeinflussung eines Parlamentarismus zu entrücken, der den Begriff des Vaterlandes und mit diesem den Begriff des täglichen Brodes der Gesamtheit nur insoweit kennt, als beide geeignet sind, dem Parteiz- und Einzelinteresse zu dienen.

Für die geplanten Landwirthschaftskammern ist es von hervorragender Wichtigkeit, daß sie bald Gelegenheit erhalten, sich mit schöpferischen Aufgaben von allgemein praktischer Bedeutung zu befassen. Gerade die Begutachtung und Verbesserung eines Gesetzentwurfs wie des vorliegenden würde hierzu ganz besonders geeignet sein. Jedenfalls darf als feststehend gelten, daß die durch diesen Gesetzentwurf vor Allem beabsichtigte Sicherstellung einer dem heutigen Geldwerth entsprechenden Ertragsrente der landwirthschaftlichen Arbeit das natürlich Allernächste sein muß, will man eine landsässige Bevölkerung im Gegensatz zu England, wo sie im völligen Verschwinden begriffen und vielfach bereits verschwunden ist, überhaupt konserviren. Denn was sollen die heutigen Rentengüter, was ein ohnehin der Zeit der Naturalwirthschaft angehörendes und deshalb nicht mehr passendes Auerbenrecht, was verbesserte Kreditverhältnisse, was eine noch so intensive freigemeinschaftliche Selbsthülfe helfen, wenn der Preis des Weizens und Roggens, als unserer beiden Hauptbodenfrüchte, wie unbedingt zu erwarten steht, weiter sinkt und nicht einmal die Arbeit, geschweige das Kapital bezahlt?

Was besonders die freigemeinschaftliche Selbsthülfe betrifft, so ist dieselbe durchaus nichts Neues; im römischen Reiche gelangte sie zur höchsten Ausbildung und Blüthe, und doch nahm dasselbe mehr wegen als trotz der Selbsthülfe ein Ende mit Schrecken.

In England zieht sich die Arbeit einfach vom Ackerbau zurück und kommt es auf das im Grund und Boden steckende Kapital für den Wohlstand der Gesamtheit, fürs Erste wenigstens, nicht an, weil die wenigen Besitzer auch ohne Ertragsrente der Regel nach immer noch zu den Reichsten des Landes gehören. Bei uns bedeutet das Bodenkapi tal für Millionen von Menschen das All des Daseins und mit diesem Dasein, sofern in den Betheiligten gleichzeitig der Schwerpunkt unserer Wehrkraft liegt, unsere ganze nationale Existenz. Nur aus dieser Thatsache hat man sich ja in erster Reihe den Ansturm aller Umsturzkräfte gegen den Grundbesitzer zu erklären.

Und will man denn auch den Bauer, wie es ohne gesicherte



Ertragsrente geschehen muß, durchaus mit Gewalt in die Arme der Sozialdemokratie treiben, während, wenn man ihn zufriedenstellte, es ein Leichtes wäre, gerade mit seiner Hilfe Alles zu erreichen, was zur inneren und äußeren Befestigung des Reiches nothwendig ist? Zudem würde, wenn er erst in seiner Gesamtheit zu einem Leibe organisch zusammengefaßt ist, vor solchem Anfang des Korporativismus nicht bloß ein ausgearteter, aller Idealität entkleideter Parlamentarismus, sondern auch jede Art von Partikularismus, sei es des Volksstammes, sei es des Sprachengegensatzes, die Segel ein für alle Mal zu streichen gezwungen sein.

Reichte sich dann aber der, dem Preise nach gebundenen Produktion von Weizen und Roggen, mit selbstverständlich auch gebundener Einfuhr, als das ohne diese beiden Voraussetzungen nicht denkbare Weitere, allgemein gebundenes Eigenthum an, und kämen wir also in Wahrheit wieder zu einem deutschen Bauernstande mit entsprechendem Ehr- und Pflichtbewußtsein, so wäre der Deutsche Kaiser nach dem bekannten Liede bis ans Ende aller Tage der reichste unter allen Fürsten der Erde, denn er könnte getrost allüberall „sein Haupt in der Unterthanen Schooß legen“.

Nächstem könnte man aber auch nach 400jähriger Hohenzollernpraxis in idealer Umschreibung des vielgebrauchten „Hat der Bauer Geld, hat es alle Welt“ sagen: „Ist der Bauer zufrieden, ist allerwärts Frieden.“

Selbstverständlich würde im Falle der Einbringung eines Gesetzes, wie das vorgeschlagene, sich sofort ein gewaltiges Geschrei über eine neue Liebesgabe für die Großgrundbesitzer erheben. Der soziale Schwerpunkt der ganzen geplanten Organisation liegt ja aber gerade darin, daß durch dieselbe, unter vorläufiger Erhaltung zum Mindesten des status quo, ein unübersteigbarer Damm ebenso der Latifundien- wie der Zwergwirthschaftsentwicklung, namentlich aber allem Drohnenbesitz, d. h. jeder Art nicht seßhaften oder nur persönlichen Nebenzwecken dienenden Besitzes entgegengesetzt werden soll. Dies ist eben doch nur erreichbar durch möglichste Lebensbefähigung und Kräftigung des mittelgroßen Besitzes in seiner ungetheilten Gesamtheit und wenn auch hierbei eine Anzahl Großgrundbesitzer profitirt, so ist dies unvermeidlich und vaterländisch ganz ohne Zweifel weniger bedenklich, als ein weiteres ungemessenes Anschwellen der Plutokratie. Zudem würden die Großen in allererster Reihe lernen müssen, sich dem Gesetz und einer bestimmten Ordnung zu fügen, auch dem Ganzen



zu dienen. Wer iſts, der Leben in die Städte bringt? Der zahlungs-  
fähige größere Grundbeſitzer, und wer iſts, der, ſei es in der Selbſt-  
verwaltung, ſei es durch ſeine Söhne, ſein Einkommen ausschließ-  
lich im Dienſte des Vaterlandes verbraucht? Auch wieder der-  
ſelbe, wie nicht minder er es iſt, der in erſter Stelle der Verarmung  
fürs Vaterland verfällt, wenn der Feind ins Land kommt.

Unter der ſinkenden Ertragsrente hat übrigens auch unmittelbar  
unſere Mühleninduſtrie auf das Schwerſte zu leiden, weil dieſelbe,  
je tiefer der Weltpreis der beiden Hauptbrodfrüchte ſinkt, umſoweniger  
die Frachtpreſen zu tragen im Stande iſt, anderſeits aber umſomehr  
die Einfuhr von Mehl ſich lohnt. Auch ihr iſt daher in der  
Organisation ein Platz angewieſen.

Die Handelsverträge blieben von der Sache völlig unberührt.  
Dieſe betrifft lediglich einen Gegenſtand der inneren Geſetzgebung,  
und läßt man die Zölle vorläufig beſtehen, ſo dürfte gegen ſie inter-  
national rechtlich überhaupt nichts zu ſagen ſein. Auch ein Verbot  
des Produkten- und Börsenſpiels ließe auf eine Verkehrsbeſchränkung  
hinaus, und doch ließe ſich gegen daſſelbe zweifelſohne ebenfalls  
nichts ſagen. Allerdings wird ja im Fall der Beibehaltung der Zölle  
die Genoſſenſchaft in den erſten Jahren weniger für Allgemeinzwecke  
verwenden können, dies würde ſich indeß vorausſichtlich in kürzeſter  
Zeit durch ſtärkeren Anbau der beiden in Hinſicht des Preiſes und  
der Einfuhr gebundenen Fruchtarten bis dahin ausgleichen, wo wir  
den eigenen Bedarf daran ohnehin ſelbſt erbauen.

Von irgendwelcher Entſchädigungspflicht gegenüber den Getreide-  
handel-Treibenden kann keine Rede ſein. Was der Vorſchlag für  
das landwirthſchaftliche Gewerbe bezweckt, iſt lediglich deſſen gutes  
Recht nach dem Maße der das ganze Erwerbsleben, namentlich  
mitteltſt des Aktienweſens beherrſchenden Thatſache, daß der Kleinere  
dem Größeren weichen muß, und gegenüber der Induſtrie würde in  
dieſer Hinſicht nur der Unterſchied obwalten, daß dem landwirth-  
ſchaftlichen Gewerbe durch Geſetz zu dem verholſen wird, was es aus  
eigener Kraft wegen ſeiner Vielgeſtaltigkeit und Zerriffenheit ſich  
nicht ſchaffen kann, während die Induſtrie es in Form von Kartellen  
und Syndikaten mit Hülfe der für die Landwirthſchaft unbenutzbaren  
Aktiengeſetzgebung und einer ihren Bedürfniffen mehr Rechnung  
tragenden Zollgeſetzgebung längt im Wege der Selbſthülfe in Form  
von Monopolen an ſich riß. Im Uebrigen dürfte zur Befriedigung  
des genoſſenſchaftlichen Lagerbedürfniffes jedem Betheiligten Gelegen-  
heit geboten ſein, ſich etwa für ihn entbehrlieh werdender Lagerräume



sei es verkaufs-, sei es miethsweise, zu Gunsten der Genossenschaft zu entäußern.

Was nun die aus der Einrichtung sich zum größten Segen des Ganzen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ergebenden Wirkungen betrifft, so würden dieselben folgende sein.

Mit der Möglichkeit der Selbsterbauung des eigenen Bedarfs an Brodgetreide entfielen das Hauptbedenken gegen die im Interesse von Handel und Industrie fürs Erste kaum zu missende Goldwährung; Theuerungspreise und Zeiten wären undenkbar; einen Kampf um Getreidezölle gäbe es nicht mehr; von einem Interessengegensatz zwischen Industrie und Landwirthschaft könnte überhaupt kaum noch die Rede sein, ja die Solidarität beider würde erst zur vollen Geltung im gemeinsamen Dienste des Vaterlandes kommen; der Preis der Brodfrucht würde wieder wie früher, wo er sich ohne Spiel lediglich nach dem Bedarf der Landesmärkte für den ausschließlichen Konsumzweck regelte, zum Werthmesser aller Arbeit werden; unsere Arbeiterverhältnisse würden sich in Folge dessen ruhiger und friedlicher gestalten; die Naturalverpflegung des Heeres würde durch die Genossenschaft aufs Allerbilligste und Beste besorgt werden; von einem Glücksspiel mit dem Brode des Volkes wäre keine Rede mehr; allgemeinste Zufriedenheit würde wieder eintreten, wenn es jahrein, jahraus für dasselbe Geld Brod von gleicher Größe und bester Güte gäbe; jeder landwirthschaftliche Interessengegensatz zwischen Ost und West, Nord und Süd hörte auf; unter dem Einfluß eines stetigen Werthes des Grund und Bodens käme wieder eine normalere Gütervertheilung in Fluß, und vor allem hätte es mit allen schleichenden Krisen der Industrie ein für allemal ein Ende, indem auch Handel und Wandel in konstantem Fortgange blieben, wenn der Konsum in regelmäßiger stetiger Zunahme bliebe.

#### B. Im Einzelnen.

Die Begründung im Einzelnen ergibt sich zumeist von selbst, und wäre in Hinsicht derselben nur noch Folgendes zu bemerken.

#### Zu § 1 Nr. 3.

Die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf erstrebten Voraussetzungen für den weiteren korporativen Ausbau des landwirthschaftlichen Gewerbes sind die Beschaffung der nothwendigen Geldmittel (§ 6) und die grundlegende Gliederung. Letztere schließt sich im Allgemeinen an die der preussischen Landschaften an; auch wären,



sofern als das Natürlichste eine Anschließung dieser an das Organisationswerk für den Zweck einer landwirthschaftlichen Selbstverwaltung überhaupt erreichbar sein sollte, eventuell, wo sie noch fehlen, ihnen ähnliche Institute der Produktivenossenschaft zur weiteren Fortführung der Sache, vielleicht unter dem Namen „Neue Landschaften“ anzuschließen.

Ihre Hauptaufgabe würde die successive Umwandlung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes in gebundenes Eigenthum vermöge Verallgemeinerung des Rentenprinzips, unter eventueller Umwandlung der landschaftlichen Pfandbriefe in Rentenbriefe, sein, und um ihnen alsbald und überhaupt ein Thätigkeitsfeld zu eröffnen, wäre als Nächstes in Hinsicht alles landwirthschaftlichen Besitzes für die Zukunft das jetzige Hypothekarrecht gänzlich aufzuheben, so daß eine neue hypothekarische Verschuldung von einem gewissen Zeitpunkt ab überhaupt nicht mehr und nur noch eine Rentenbelastung stattfinden dürfte. Auf anderem Wege dürfte zu einer dauernden Einbürgerung des Rentenprinzips kaum zu gelangen sein. Im Uebrigen hätten unter Aufsicht und Leitung eines Reichsamtes der Landwirthschaft die Obliegenheiten der neuen Landschaften, abgesehen davon, daß in ihren Händen die ganze landwirthschaftliche Selbstverwaltung zu ruhen hätte, im Wesentlichen dieselben zu sein, wie die der Ansiedlungskommission der Provinzen Posen und Westpreußen, nur mit folgenden Maßgaben:

1. Das Obereigenthum des auf Grund freier Vereinbarung oder eines allgemeinen Verkaufsrechtes erworbenen Grund und Bodens verbleibt der Genossenschaft unter der Hoheit des Landesherrn.
2. Die Ausgabe des Besitzes als vererblichen, unverschuldbaren und ohne Genehmigung unveräußerbaren, jedoch unter gewissen Voraussetzungen auch autoritativ entziehbaren Rentenbesitz erstreckt sich auf den gesammten Grund und Boden ohne Gebäude und sonstiges Inventar.
3. Von jedem erworbenen größeren Gute ist ein größeres Restgut zu belassen.
4. Die Erwerbung erfolgt gegen Ausgabe von Rentenbriefen für den ganzen Werth des Grund und Bodens und kann bei hoch verschuldeten Gütern auch gegen eine Leibrente für den Besitzer und dessen Familie erfolgen.
5. Ein besonderes Augenmerk ist auf Gründung korporativ genossenschaftlicher Arbeiterkolonien (Allmenden) auf eigenem



Rentenbesitz mit dem Hauptzweck zu richten, einerseits den Arbeitern ein gesichertes Dasein zu gewährleisten, andererseits sie zu einem benachbarten Arbeitsgeber in ein, autoritativ überwachtes, zwar selbstverständlich lösbares, jedoch thünlichst inniges, auf beiderseitige Leistungen gegründetes Gemeinschaftsverhältnis zu bringen.

6. Endlich ist für den Zweck geregelter Erbesabfindung, sowie der Förderung des Sparsinns und daraus sich ergebender Einfachheit des Lebens alsbald eine sich auf alle Genossenschaftsverbundenen obligatorisch erstreckende Lebens-, Wittwen- und Kinderaussteuer-Versicherung ins Leben zu rufen.

Noch sei zu dem Paragraph bemerkt, daß das Wort „Generalgarantie“ dem preussischen Landschaftsreglement entnommen ist.

### Zu § 3.

Um einer mißbräuchlichen Konkurrenz mit anderen Getreidearten zu begegnen, erschien die im Absatz 2 getroffene Bestimmung notwendig.

### Zu § 4. Abs. 1.

Die Höhe der Einkaufspreise beschränkt sich auf das nothwendigste Zeitmaß, wenn Kapital und Arbeit sich bezahlen sollen. Man könnte wohl daran denken, auf den Durchschnitts-Marktpreis von einer längeren Reihe von Jahren zurückzugreifen. Indes wäre damit nichts gewonnen, weil ja bei der Preisbildung der Gegenwart die Spekulation eine hervorragende Rolle spielt und demgemäß der Preis sich nicht mehr nach Angebot und Nachfrage für den Konsumzweck richtet. Nicht minder könnte man an einen der alljährlichen Festsetzung unterliegenden wechselnden Preis denken; gerade aber in dem, der ausgleichenden Natur angepaßtem möglichst stabilen Preise liegt ebenso im Stetigkeitsinteresse des gesamten Erwerbslebens, wie im Interesse des inneren Friedens, das Schwergewicht der Gesetzesidee.

Auch gegen den um eine Mark höher bemessenen Verkaufspreis dürfte nichts zu erinnern sein. Eine Preisvertheuerung des Brodes ist nicht zu befürchten, zumal zu erwarten steht, daß bei Wegfall der heutigen Art von Konkurrenz, sowie des mit unberechenbar wechselnden Preisen verknüpften Risikos auch für das Bäckereigewerbe der Großbetrieb mehr Platz greifen wird. Die mit einem solchen verknüpften Ersparnisse sind nach dem sachverständigen Gutachten des für ein Brodmonopol in Oesterreich agitirenden Mühlenbesizers und



Brotfabrikanten B. Till in Bruck a. d. Mur derartig, daß, sofern es zu einem Monopol käme, bei einem täglichen Einzelvertriebe von 420 Doppelzentnern Mehl, Weizen und Roggen einen den Effektivpreis ziemlich um das Doppelte übersteigenden Marktpreis haben könnten. So kolossale Spesen für die Mehl- und Brodbereitung hat der Konsument bei häufig herzlich schlechter Waare mit dem Brodpreis jetzt zu bezahlen.

Unter den verschiedenen theilweise auf dem amtlichen Material des Statistischen Amtes zu Berlin basirten Feststellungen des 2c. Till, welche für Jedermann von ihm zu beziehen sind, erscheint übrigens auch von besonderem Interesse, daß

1. für eine große Anzahl von Plätzen auf kleinstem Umkreise der amtlich ermittelte Brodpreis bei gleichem Getreidepreis die allergrößten Verschiedenheiten aufweist, womit die Behauptung des Fürsten Bismarck, daß der Brodpreis sich keineswegs nach dem Getreidepreis richtet, vollste Bestätigung findet,
2. der Mehl- und Brodpreis relativ stets im Verhältniß des sinkenden Getreidepreises steigt, während man doch anzu-nehmen hätte, daß bei Verbilligung des Rohproduktes sich die Sache gerade umgekehrt verhalten müßte.

Beispielsweise kosteten 1892 in Berlin Roggen, Mehl und Brod im Februar 20,95 bezw. 29,18 und 34,53 Mark, im August 14,82, 20,33 und 28,84 Mark, endlich im Dezember 13,08, 17,46 und 22,45 Mark. Eben solche ganz beliebige und in Rücksicht der Kürze der Zeit ganz gewiß nicht durch natürliche Verhältnisse herbeigeführte Variationen wiesen die Preise in den übrigen Monaten auf. Hier- nach differirte der Brodpreis gegen den Mehl- bezw. Roggenpreis im Februar um 0,16 bezw. 0,34 Prozent, im August um 0,17 bezw. 0,40 Prozent, und im Dezember bei niedrigstem Preisstande des Roggens um 0,23 bezw. 0,43 Prozent, während der doch zweifellos sachverständige Till meint, daß im Falle rationellen Großbetriebes mit einem täglichen Mehlvertrieb von 420 Doppelzentnern bei dem niedrigsten Roggenpreise von 13,08 Mark (im Dezember) der Brod- preis statt 22,45 Mark derselbe hätte sein können, weil aus 100 Kilo- gramm Roggen 112 Kilogramm Brod und 18 Kilogramm Kleie erzeugt werden können, und dieses Plus von 12 Kilogramm Brod und 18 Kilogramm Kleie die Kosten der Brodbereitung vollauf decken. Es spielen sich eben bei der heutigen Planlosigkeit der Produktion des täglichen Brodes mangels jedes organischen Zusammenhanges



der verschiedenen Gewinnungsstadien die allerwidernatürlichsten, unglaublichsten Dinge ab, deren Kosten der Brodkonsument in fortgesetzt steigendem Maße zu Gunsten Weniger zu tragen hat, während der heimische Getreidebau und das heimische Müllegewerbe gegenüber der Vergewaltigung durch den Weltmarkt in fortgesetztem Niedergange begriffen sind.

#### Zu § 6.

Die Verwendung des Gewinnüberschusses würde Sache der in der Begründung zu § 1 erwähnten neuen Landschaften zu sein haben, indem die Produktivgenossenschaft sich lediglich mit den durch vorliegendes Gesetz ihr zugewiesenen Geschäftsbetrieben zu befassen hätte. Was die Höhe des zu erwartenden Gewinnüberschusses betrifft, so ergibt sich dieselbe aus der Höhe des Jahresbedarfs des Reiches an Weizen und Roggen. Im Maiheft 1894 des deutschen Eisenbahn-Archivs wird das Gesamt-Verbrauchsquantum für 1894 auf 107 000 000 Doppelzentner berechnet. Bringt man hiervon 25 Millionen Doppelzentner auf Rechnung des nicht in den Verkehr kommenden Naturalverbrauchs in Abzug und veranschlagt man die Verwaltungs- und Betriebskosten, und zwar in Rücksicht der von der Genossenschaft zu tragenden und ja auch jetzt im Marktpreise liegenden Frachtpfesen auf 50 Millionen Mark, so würde der verbleibende Reingewinn fürs Erste auf 32 Millionen Mark oder ungefähr den Zinsbetrag der Summe anzunehmen sein, welche mit einer Milliarde Professor Schmoller nach einem veröffentlichten Vorschlage zur Beseitigung der landwirthschaftlichen Nothlage verwendet wissen will. Auch erscheint der Betrag durchaus nicht hoch, wenn man erwägt, was alles mit ihm erstrebt wird. Auf die innere Kolonisation müßten alljährlich mindestens 10 Millionen in Form von Beihilfen zur Ansiedlung verwendet werden, ungezählte Tausende von Hektaren Moorland sind zu kultiviren und zu besiedeln, Zuschüsse zu den verschiedensten Dingen, wie z. B. zu der nach der Begründung zu § 1 in Aussicht genommenen obligatorischen Lebens-, Wittwen- und Kinderaussteuer-Versicherung wenigstens im Anfang erforderlich sein, was kann und muß nicht noch alles für Flußregulirungen geschehen, und so würden sich, wenn man erst an Befriedigung der allerdringendsten Bedürfnisse ginge, deren immer mehr nach der bisherigen Zurücksetzung der Landwirthschaft ergeben. Uebrigens könnte auch ausgesprochen werden, daß ein 40 Millionen übersteigender Betrag zur Reichskasse zu fließen hat.

Ein Bedenken könnte vielleicht daraus hergeleitet werden, daß das zum Naturalverbrauch kommende Brodgetreide der Zuschlags-



abgabe von 1 Mark pro 100 Kilo nicht unterliegt. Dasselbe schwindet indeß, wenn man erwägt, daß die Genossenschaft mit der betreffenden Brodfrucht nichts zu thun und also wegen ihr keine Arbeit und Kosten hat, daß ferner an der Sache hauptsächlich der landwirthschaftliche Arbeiter und diejenigen theilhaftig sind, deren unmittelbaren Arbeitserwerb ihr Brodfruchtbedarf bildet, und daß endlich die Belegung des in Betracht kommenden Naturalverbrauchs mit einer Abgabe so ziemlich überhaupt undurchführbar und unmöglich wäre.

Zu § 7 und folgende.

Die innere Organisation schließt sich, wie im allgemeinen Theil bereits erwähnt worden ist, im Wesentlichen an die der altpreußischen Landschaften an.

Zu § 11.

Ebenso ist bereits im allgemeinen Theil das Interesse der Mühlenindustrie an der Sache in Rücksicht auf den prinzipiellen Ausschluß der Mehleinfuhr hervorgehoben worden. Das Interesse des Müllexgewerbes für dieses Gesetz zu gewinnen, erscheint nicht nur für die Annahme, sondern auch für die spätere Durchführung des Gesetzes von höchster Bedeutung; denn nur durch eine Vermeidung jeglicher Interessenkollision zwischen dem Müllexetriebe und der Genossenschaft, läßt sich diejenige Vereinfachung des Geschäftsbetriebes erreichen, welche für die Durchführbarkeit des Gesetzes die nöthige Garantie leistet. Auf die Wichtigkeit der im Abs. 2 für die Mühlenprodukte vorgeschriebenen Publizität ist ebenfalls bereits und zwar mit der Andeutung hingewiesen worden, daß in gleicher Art die Publizität für den Bäckereibetrieb, und zwar jedenfalls mit besserem Erfolge anzustreben sein dürfte, als ihn die bisher noch vielfach üblichen Brodtaren gewährt haben.

Zu § 13 Abs. 2.

Es versteht sich, daß die Bestimmung, betreffend den Ausschluß des zum Brodbacken ungeeigneten bezw. nicht ausreichend gereinigten Getreides von der Uebernahme durch die Reichsgenossenschaft die allerschärfste Anwendung finden muß, daß jedoch die Vorschriften über den Ausschluß minderwerthigen Getreides derart dehnbar sein müssen, daß dabei in jedem Jahr die durchschnittliche Qualität des im Inland geernteten Getreides volle Berücksichtigung findet. Es muß dann aber auch darauf gesehen werden, daß die demgemäß formulirten Bestimmungen die genaueste Anwendung finden und daß



alles nach diesen Bestimmungen von der Brodbereitung ausgeschlossene Getreide auch nur zu Futter- oder sonstigen gewerblichen Zwecken verwandt wird.

Zu § 15 und 16.

Neben einer Regelung der Funktionen der Reichsgenossenschaft als Einkäuferin schien auch eine Regelung ihrer Funktionen als Verkäuferin unerlässlich; denn aus einer Vernachlässigung dieser letzteren Regelung könnten leicht die schwersten sozialen Gefahren entstehen. Die Gleichförmigkeit der Preise und die Möglichkeit, beliebig große Mengen Getreide jederzeit zu beziehen, könnte die großen Mühlen, welche wegen besserer und konzentrierter Einrichtungen billiger produzieren zu können in der Lage sind, veranlassen, ihre Ueberlegenheit voll auszunutzen und die kleineren Konkurrenten zu vernichten. Alsdann würde ein Ring von großen Mühlen die Mehlspreise beliebig steigern können. Ebenso könnten die Bäcker einer Gegend, eines Ortes durch Ringbildungen ohne volkswirtschaftlichen Grund die Preise in die Höhe treiben bezw. übermäßig hoch halten. Diesen Gefahren zu begegnen schien es hinreichend, hauptsächlich durch eine Kontingentirung des den Mühlen zu liefernden Getreides die kleinen Mühlen in ihrer Existenz zu sichern und dadurch einer Konzentrirung des Mühlengewerbes entgegen zu arbeiten. Auf diese Weise würde auch ein Mühlenring zur Unmöglichkeit werden. Ein großer Bäcker-ring scheint überhaupt weniger zu fürchten zu sein und würde besonders dann unmöglich werden, wenn er nicht an einem Mühlenring den nöthigen Rückhalt finden könnte. Weitere Beschränkungen als der Entwurf in den §§ 11, 15, 17, al. 8 und 22 sub c und d vorsieht, würden über den Zweck und Rahmen des Gesetzes einerseits hinausgehen, andererseits aber das Zustandekommen des Ganzen wegen des aus Müller- und Bäckerkreisen zu erwartenden Widerstandes gefährden, während der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung durch den prinzipiellen Ausschluß des Auslandsmehls für den Inlandskonsum die Müller für denselben geneigt machen möchte. Ein Mißbrauch dieses Vortheils durch die Müller ist dadurch ausgeschlossen, daß die Genossenschaft es jederzeit in der Hand hat, im Nothfalle nicht nur ausländisches Getreide, sondern auch ausländisches Mehl einzuführen. Daher scheinen auch Bestimmungen von Maximalpreisen für das Mehl, um übermäßige Uebergewinne zu verhüten, nicht nothwendig. Die innere Konkurrenz der Müller unter einander scheint aber dadurch gefördert, daß jede Müllerkammer gehalten sein soll, die von den Mühlen ihres Bezirkes geforderten Mehlspreise zu veröffentlichen



(§ 11 al. 2). Die Bestimmung von Maximalpreisen fürs Brod, sofern sich späterhin ein Volksverlangen nach gesetzautoritativer Regelung dieses Punktes geltend machen sollte, würde besser staatlichen Behörden, als der vorliegend geplanten Reichsgenossenschaft mit halb privatem, halb öffentlichem Charakter zu überlassen sein. Vorläufig hat sich ein solches Volksverlangen noch nicht geltend gemacht, und scheint kein Grund vorhanden, den Widerstand der Bäcker gegen dieses Gesetz durch Bestimmungen hervorzurufen, die besser unter ihrer Mitwirkung in ein besonderes Gesetz zusammengefaßt werden können. Wenn ferner verlangt wird, die Genossenschaft solle ihre Ueberlegenheit über die Müllereibesitzer als alleinige Brodfornverkäuferin dazu benutzen, um Einrichtungen zu treffen, daß nur solchen Müllern Brodgetreide zur Verarbeitung übergeben wird, welche

- a) gewisse mäßige Ansprüche an die Vervollkommnung ihrer Betriebe durch technisch zweckmäßige Einrichtungen, die zugleich eine Verbilligung des Betriebes darstellen, erfüllen;
- b) in ihren Betrieben den Anforderungen der Hygiene und der Arbeiterwohlthat entsprechen,

so möchten das wohl Forderungen sein, die einerseits ebenfalls über den Zweck und Rahmen dieses Gesetzes hinausgehen und einen sehr starken Widerspruch in den Müllerkreisen hervorrufen würden, andererseits aber in einer Gewerbeordnungsnovelle weit besser geregelt werden könnten. Dasselbe gilt von ähnlichen Forderungen in Bezug auf das Bäckereigewerbe.

Ferner schien es nothwendig, daß der Gesetzentwurf die Ausfuhr von Getreide vorsehe. Die Aufhebung des Identitätsnachweises ist bekanntlich in erster Linie aus dem Grunde erfolgt, um die Ausnutzung des Qualitätspreises zu ermöglichen, den deutscher Weizen besonders auf dem englischen Markte hat. Der mehlreiche, aber kleberarme deutsche Weizen ist in England sehr gesucht und wird daher höher bezahlt als der überseeische und russische; dagegen wird von deutschen Mühlen zur Erleichterung ihres Mühlenbetriebes, da der deutsche Weizen an sich seiner Kleberarmuth wegen sehr schwer vermahlbar ist, ausländischer Weizen zur Mischung nothwendig gebraucht. Diesem doppelten Interesse des Inlandes am Weltgetreidemarkt mußte der Entwurf gerecht werden.

#### Zu § 17.

Bei der Uebernahme der vorhandenen Vorräthe in den Genossenschaftsbetrieb handelt es sich thatsächlich um eine Art Enteignung.



Namentlich für die nicht mehr in der Hand der Inlandsproduzenten befindlichen Kaufvorräthe erscheint daher der um 2 Mark für den Doppelzentner den nachgewiesenen Einkaufspreis übersteigende Uebernahmepreis zur Schadloshaltung der Inhaber für Zinsen, Lagerkosten, Gewichtsverlust und sonstige Verluste gerechtfertigt. Wird aber bei Inkrafttreten des Gesetzes der Inlandsmarktpreis durch den Durchschnitt des für die in zweiter Hand befindlichen Kaufvorräthe gezahlten Enteignungspreises repräsentirt, so erscheint es nicht minder gerechtfertigt, daß eben dieser Durchschnitt die Grundlage zur Abfindung auch des Inlandsproduzenten wegen der in dessen Händen befindlichen Vorräthe bildet, zumal ja der Enteignungspreis auch auf einen etwa entgangenen Gewinn in Folge möglicher Preissteigerung sich zu erstrecken hat.

Von einer Qualitätsabstufung kann in Hinsicht der in zweiter Hand befindlichen Kaufvorräthe umsoweniger die Rede sein, als zur Mehلبereitung für den Brodzweck unverwendbare Vorräthe und ebenso zur Brodbereitung ungeeignetes Mehl von der Uebernahme ausgeschlossen sind, während die Qualitätsabstufung der in erster Hand befindlichen Vorräthe, und zwar gleichfalls unter Ausschluß der für den Brodzweck unverwendbaren, in analoger Weise wie für den ferneren Einkauf derart zu geschehen hat, daß der als Grundselbstkostenpreis angenommene Durchschnitts-Einkaufspreis der in zweiter Hand befindlichen Kaufvorräthe den zu zahlenden niedrigsten Preis mit einer um 2 Mark aufsteigenden Skala bildet.

Um die Möglichkeit von Scheinkäufen bezw. Verkäufen zur Erzielung eines höheren Uebernahmepreises möglichst abzuschneiden, ist, abgesehen von der Strafbestimmung unter f im § 20 den zur Abwicklung des Uebernahmegegeschäfts eingesetzten Kreiskommissionen durch die Bestimmung, daß es zur Rechtfertigung von über ein gewisses Maß deklarirten Einkaufspreisen eines speziellen Nachweises bedarf, die Gelegenheit geboten, in eine Prüfung der auf die Preisbildung Bezug habenden Verhältnisse einzutreten.

Zur Verhütung einer Masseneinfuhr von Getreide oder Mehl auf bloße Spekulation ist die Bestimmung getroffen, daß Vorräthe von der Uebernahme ausgeschlossen sind, die nach Einbringung der Gesetzesvorlage im Reichstage nicht nachweislich für den unmittelbaren Konsumzweck eingeführt wurden. Es würde sich hierbei gewissermaßen um eine, der nachträglichen Sanktion durch den Reichstag unterliegende, vorläufige Anordnung der Reichsregierung zur Einschränkung einer ungerechtfertigten Spekulation handeln.



Der kaum denkbare Fall, daß zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes der Weltmarktpreis den im § 4 fixirten zukünftigen Einkaufspreis übersteigen könnte, ist durch eine entsprechende Bestimmung im drittlezten Absatz vorgesehen. Sollte andererseits hingegen im Laufe der Zeit einmal der Fall eintreten, daß der Weltmarktpreis den fixirten Inlands-Einkaufspreis übersteigt, so würde dies jedenfalls nur ganz vorübergehend geschehen und, unter der Voraussetzung der Selbsterbauung nicht bloß des laufenden Bedarfs, sondern auch des nach § 14 ständig zu haltenden Mindestvorraths, höchstens die Wirkung einer Minderverwendung für Allgemeinzwicke haben; von einer daraus sich ergebenden Nothlage könnte aber bei heutigen Weltverhältnissen wohl niemals die Rede sein.

#### Zu § 18.

Ebenso wie die Ausführung des Ganzen, stellt man sich speziell den Geldpunkt jedenfalls um Vieles schwieriger vor, als es in Wirklichkeit der Fall sein wird. Denn abgesehen davon, daß für den Starken das Geld überhaupt kaum noch eine Rolle spielt, wird sich der Geldpunkt zwischen der Genossenschaft bezw. den Abgebern der Inlandsprovenienz und den Getreideabnehmern im Großen und Ganzen Zug um Zug oder auf dem Wege des Giroverkehrs zwischen der Genossenschaft allein und Letzterem, aufs Einfachste regeln und dürfte die Genossenschaft in der Lage sein, einerseits ihr laufendes Geldbedürfnis durch einen offenen Kredit bei der Reichsbank gegen Verpfändung ihres jeweiligen, amtlich feststehenden Gesamtvorraths zu befriedigen, andererseits die zur Gewinnung eigener Lagerräume erforderlichen Geldmittel anleiheweise zu beschaffen.



### Schlußbemerkungen.

Es giebt nur einen einzigen, wirklich Erfolg versprechenden Weg der Hülfe, nämlich den: **daß allgemein und dauernd geholfen wird.** Jedes stückweise Helfen, sei es im Wege der Staats- oder der Selbsthülfe, ist verlorene Mühe, ja geradezu verderblich, denn es bringt uns nur dem Zeitpunkt immer näher, wo nach dem Beispiele Englands für den landwirthschaftlichen Arbeitszweck überhaupt Niemand mehr Grund und Boden haben will, weil derselbe keine Arbeitsrente mehr liefert.

Ist aber dieser Zeitpunkt erst eingetreten, so ist es zu aller Hülfe zu spät, weil von derselben kein Gebrauch gemacht wird, wenn erst die ackerbautreibende Bevölkerung von Industrie und Handel aufgezehrt ist.

Erscheint also vernünftiger Weise jedes stückweise Helfen ausgeschlossen, so kann auch nur von einer Hülfe für den deutschen Ackerbau in seiner ungetheilten, im Arbeitgeber und Arbeiter korporativ zusammengefaßten Gesamtheit die Rede sein.

Hierzu hat man vor Allem mit der Thatsache zu rechnen, daß der römische Individual-Eigenthumsbegriff in Hinsicht des Grund und Bodens für den Arbeitszweck zu einem Unding gegenüber dem, die Worte „Entfernung und Zeit“ kaum noch kennenden Kollektivum des Weltmarkts wurde, und daß die sogenannten Bodenreformer deshalb völlig Recht haben, wenn sie den eigentlichen Sitz der sozialen Frage im Recht der individuellen Bodenaneignung suchen. Wurde dasselbe ja zu einem unversieglichen Quell stetiger Verarmung für Arbeitgeber und Arbeiter, und muß es ja hierzu für jedes Kulturvolk immer mehr in eben demselben Verhältniß werden, wie gegenüber einer steigenden Kultur das in seinem Grund und Boden als Grundstock seines Nationalvermögens an-



gelegte Arbeitskapital der stetigen Entwerthung durch die Produktion immer neuer, dem Weltverkehr erschlossener Bodensflächen unterliegt, welche den Begriff „Arbeitskapital“ zunächst überhaupt nicht kennen und mit welchen deshalb jede Möglichkeit einer Konkurrenz absolut ausgeschlossen ist.

Einer derartigen Entwerthung seines, zudem in Hinsicht der Ertragssteigerung ohnehin gegenüber Industrie und Handel bestimmt begrenzten Arbeitskapitals steht der Individual-Eigenthümer völlig machtlos gegenüber. Selbst bei intensivster Wirthschaft und ausreichtendstem Kapital muß für ihn der Zeitpunkt kommen, wo seine Kraft erlahmt, und daß hierin selbst Zölle höchstens hinhaltend wirken können, so lange es überhaupt noch, den Begriff des Arbeitskapitals kaum oder gar nicht kennende Bodensflächen giebt, liegt nach der geschichtlichen Erfahrung Englands, wo die Freeholders trotz höchster Kornzölle im vorigen Jahrhundert bis auf den letzten aufgezehrt wurden, ebenso auf der Hand, wie daß bei der der Macht des Einzelnen völlig entrückten Sicherheit des Ertrages von einer Sicherstellung und Stetigmachung auch des landwirthschaftlichen Arbeiters im allgemeinen Gesundheitsinteresse nicht die Rede sein kann. Gerade diesen hat aber der Gesetzesvorschlag vor allem Anderen im Auge.

Es handelt sich gewissermaßen um eine Vergewaltigung durch die Natur, gegenüber welcher der Einzelne nichts auszurichten im Stande ist, deren Bekämpfung aber ihn immer mehr zum Schuldner des Privatkapitals macht. Denkt man aber deshalb nach Rodbertus'scher Idee an eine Versicherung hiergegen, wie gegen Feuer, Wasserschäden, Hagel u. s. w., und zwar in der Form, daß man in Stelle des hypothekarischen Einzelkapitals die Gesamtheit zur Renteneigenthümerin des Grund und Bodens macht und dem Einzelnen für den Arbeitszweck nur ein bedingtes und beschränktes Miteigenthum einräumt, so müßte doch immer die Versicherung wenigstens der Möglichkeit einer gewissen Ertrags- oder richtiger Arbeitsrente genau, wie sie für die Industrie auf Kosten der Landwirthschaft erstrebt wird, das unerläßliche Nächste sein, da ohne eine solche die Gesamtheit genau ebenso wie der Einzelne immer wieder der vorerwähnten, aus der Weltentwicklung sich ergebenden Vergewaltigung durch die Natur schutzlos unterworfen wäre.

Dieses unerläßlich Nächste erstrebt der vorliegende Gesetzesentwurf. Indem er der Gesamtheit im, von allen Wechselfällen



unabhängigen Brod die erste Lebensvoraussetzung gewährleistet, würde hiermit überhaupt erst das Fundament dessen gewonnen werden, was „Sozialreform“ genannt und als das unausbleiblich kommende Neue bereits von der Welt mit einer Ungeduld erwartet wird, welche sich in Dynamitbomben Luft macht. Dem Bauernstande kann keine Maßregel helfen, wenn ihm nicht Sicherheit und Stabilität garantirt sind. Hat er erst Sicherheit als das unerläßlich Nächste wiedergewonnen, so wird sich dazu auch Stabilität gesellen, und werden sich beide dann auch wieder über das ganze Wirthschaftsleben unseres Volkes ausbreiten.

Der vorliegende Gesetzentwurf unterscheidet sich im Allgemeinen von anderen Vorschlägen, welche Stabilität der Getreidepreise und damit Sicherheit der Landwirthschaftsarbeit erstreben, dadurch, daß jene ihr Ziel durch rein merkantile Maßnahmen zu erreichen suchen, er dagegen in erster Linie eine, auf dem Heiligenden korporativer Gemeinschaftsarbeit und deshalb auf konservativ-sittlicher Grundlage beruhende genossenschaftliche Vereinigung aller deutschen Landwirthse anstrebt. Auch vermeidet er Alles, was zum Staatssozialismus führen würde, indem er den Staat zum bloßen Handelsherrn und Kaufmann erniedrigte; ohnehin steht dieser bereits mehr, als mit seiner sittlichen Aufgabe vereinbar ist, unter dem Einfluß der Börse. Unzweifelhaft erscheint aber, daß gerade diese vorliegend vermiedene Seite anderer Vorschläge und speziell des Antrages Kanitz uns dem, aus dem Semitismus hervorgegangenen sozialdemokratischen Ideal wesentlich näher bringen müßte. Mit Recht sträubt sich deshalb auch der Deutsche gegen jede Art von Verstaatlichung, die sich nicht lediglich auf öffentliche Verkehrseinrichtungen, wie Post, Eisenbahnen u. s. w. erstreckt.

„Der Mensch ist nicht nur der wissenschaftlichen Erkenntniß, sondern auch der sittlichen Zurechnung fähig.“ Letztere bedarf nothwendig der Neustärkung und Befestigung, nachdem die sittliche Unzurechnungsfähigkeit mehr und mehr sich als Rechtfertigungseinwand des Verbrecherthums einbürgerte und beinahe bereits zum Hauptkennzeichen der heutigen Gesellschaft wurde. Die Neustärkung und Befestigung der sittlichen Zurechnung kann nur das Werk eines neuen Rechts sein, welches sich gemäß dem thatfächlichen Inhalte der heiligen Schrift eine „sittliche Organisation“ zur Aufgabe stellt. Dem Eingange und der Verwirklichung des Rechts, welches solcher Aufgabe allein gewachsen sein kann und, „in ununterbrochener organischer Fortbildung begriffen, nicht



ein System von Regeln, sondern eine im Innern der Völker lebende Idee ist“, will der vorliegende Vorschlag im Anschluß an das, unter allen natürlichen Dingen Unentbehrlichste, das tägliche Brod, den Weg bereiten. Und sollte es denn nicht hierzu hohe, ja die höchste Zeit sein? Denn wenn weiter nach Savigny „das Recht eines Volkes nur sein Leben, von einer besonderen Seite gesehen, ist“, so kann der Deutsche es doch unmöglich wollen, daß das im Leben der zu maßgebenden Brennpunkten des Volkslebens gewordenen Großstädte sich abspiegelnde Recht des Massenelends, der Prostitution, des Jungfrauentributs, des Selbst- und Lustmordes, der Unbotmäßigkeit, der Schamlosigkeit, des Schachers mit der Mutter-Erde und vor Allem eines nicht mehr zu bewältigenden Verbrecherraffinements zu seinem Allgemeinrecht und damit auch zu seinem Allgemeinleben werde. Eine Regierung, die solches, das mitfühlende Herz fast auf Schritt und Tritt zu Thränen bewegendes Recht thatsächlich duldet, indem sie es lediglich mit Luftstreicheln wirkungsloser Strafgesetze oder an der Hauptsache nichts ändernder Wohlfahrtseinrichtungen bekämpft, ja deren verantwortliche Leiter ruhig zu schlafen vermögen, indeß vor ihren Thüren in ununterbrochen wachsender Zahl ungezählte Gotteskinder durch Hunger, Verwahrlosung und Selbstmord ihm zum Opfer fallen, ist in Wirklichkeit überhaupt keine Regierung mehr, sondern nur ein bloßes Scheinwesen, und zwar umso mehr, je sicherer und befestigter sie selbst sich glaubt. Und sieht man denn nicht mit offenen Augen, daß auch der Deutsche bei Fortdauer eben des Rechts wie alle Kulturvölker seit Babylon den Weg alles Fleisches gehen muß?

Nein, ein neuer gewisser Geist muß über ihn kommen, und wie wohl könnte dies anders geschehen, als daß er sich einer neuen Rechtsentwicklung zuwendet, und hierbei an die Uridee seines Rechts, die der Blutsbrüderlichkeit der alten Kriegersgesellschaften, für den Zweck friedlicher Arbeit in Form berufsgenossenschaftlicher Volksgliederung anknüpft? Hierzu will der Vorschlag den Anfang auf der Grundlage gesetzes geregelter Selbstverwaltung gemacht sehen. Was andere Vorschläge auf rein bureaukratischem Wege staatlicher Zentralisation erstreben, uneingedenk der selbstmörderischen Erfahrungen, welche mit derartiger Zentralisation gerade auf wirtschaftlichem Gebiete das alte Rom und in neuester Zeit der Bonapartismus machten, soll auf dem Wege korporativer Zusammenfassung der zerstreuten Volksglieder erreicht werden, und wenn hierbei der Zwang gewissermaßen zur Erfüllung der allgemeinen Arbeitspflicht gegen den Staat und



Nächsten unentbehrlich erscheint, so würde dies nur der Thatfache entsprechen, daß derselbe inzwischen für den Zweck auch der Wehrpflicht zum, durch die nationale Staatsentwicklung unabweisbar Bedingten ebenso wurde, wie gewissermaßen die in der Erblichkeit begründete Zwangsmonarchie in Stelle der freien Wahlmonarchie trat. Auch ist in wirthschaftlichen Dingen das Zwangsgenossenschaftliche gegenüber dem Freigenossenschaftlichen das allein Sittliche: denn während Letzteres an dem Unterschiede zwischen dem Stärkeren und Schwächeren nur flüchtige etwas ändert, ja denselben nach Art der Aktiengesellschaften, Kartelle u. s. w. nur verschärft und schließlich ebenfalls nur im großgeschriebenen Verdienen gipfelt, kennt Ersteres jenen Unterschied überhaupt nicht und ist ihm die Förderung des Einzelinteresses nur Mittel für den Gesamtzweck.

Im Uebrigen wird durch vorliegenden Vorschlag der Brodpreis mindestens in gleicher Weise vor dem Einfluß aller betrügerischen Machenschaften, sowie des Glückspiels gesichert, wie durch die Vorschläge mit staatssozialistischem Charakter. Wie die Schöpfung der Landschaften durch Friedrich den Großen mit ihrer Grundidee, „so wohl den gemeinen Landeskredit, als den Kredit eines jeden Partikuliers auf eine solide Art zu retabliren und auf alle künftigen Zeiten zu befestigen“, für den preussischen Staat eine Aera neuen inneren Lebens eröffnete, so will der vorliegende Gesetzentwurf gewissermaßen das Saatkorn für einen neuen nationalen Lebensbaum der jetzigen Gesellschaft sein. Er setzt hierzu bei dem vielleicht noch einzigen Kerngefunden in der Welt, dem vom anarchischen Zeitgeist noch am wenigsten angefressenen Berufsstande des deutschen Bauers ein und will gleichzeitig durch die Einführung wirthschaftlicher Selbstverwaltung neue, nicht auf unehrliches Spiel, sondern auf ehrliche Arbeit gegründete Brodstellen zur allmählichen Abminderung namentlich auch des gebildeten Proletariats schaffen.

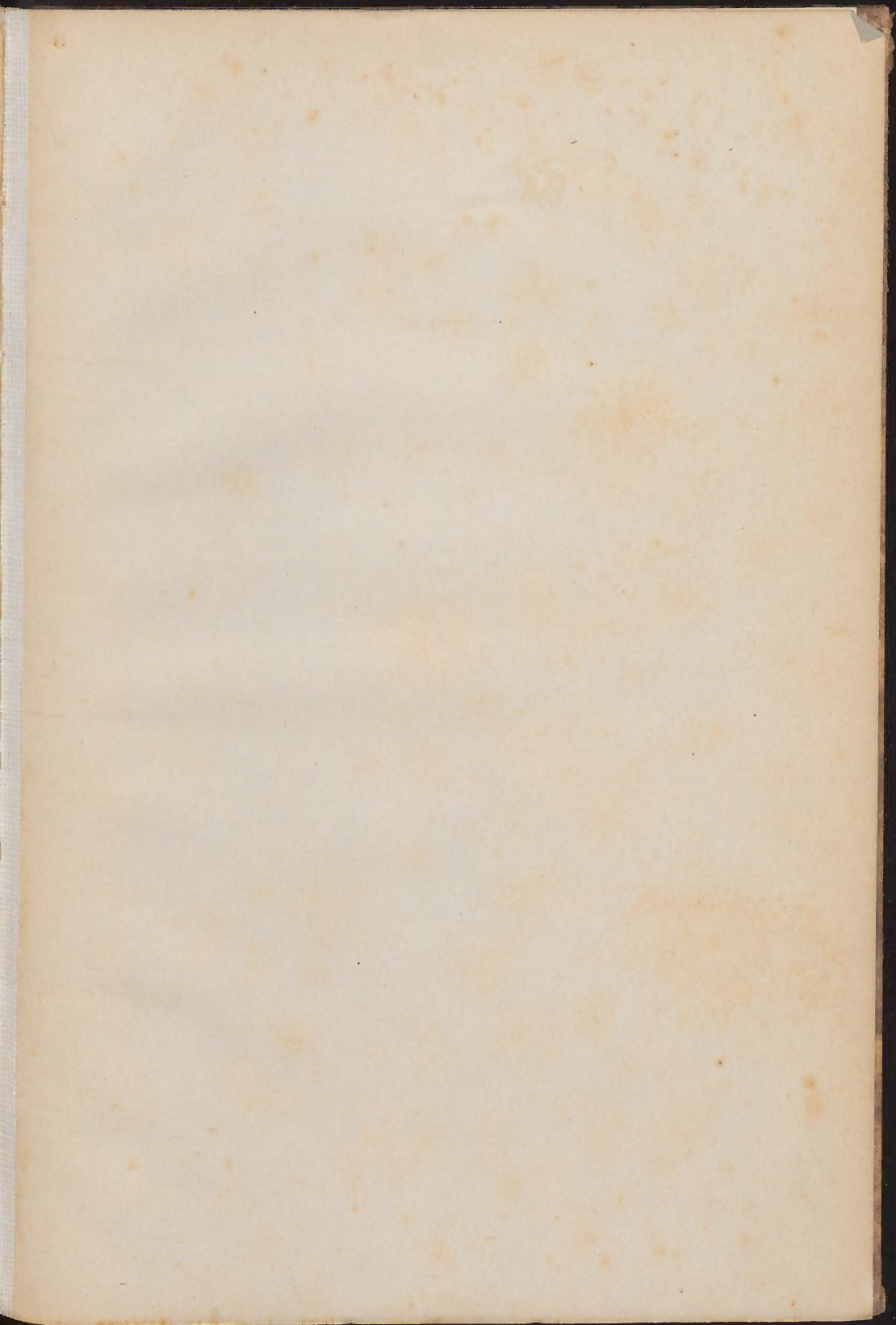
Im Besonderen unterscheidet sich der Vorschlag von dem Antrage Kanitz, abgesehen von der Ausführungsform dadurch, daß er die Verwendung des Gewinnüberschusses lediglich für Allgemeinzwwecke der Landwirthschaft und Landeskultur beansprucht, um so der Landwirthschaft einen gerechten Ausgleich zu gewähren für die schweren Opfer, welche sie theils direkt in Folge lediglich durch unsere industrielle Entwicklung bedingter Schul- und anderer Anstalten, sowie in Folge vermehrter Kosten für Armenpflege, unbemessenes Schreibwerk und sonstige Dinge, theils indirekt in Folge ihres durch die



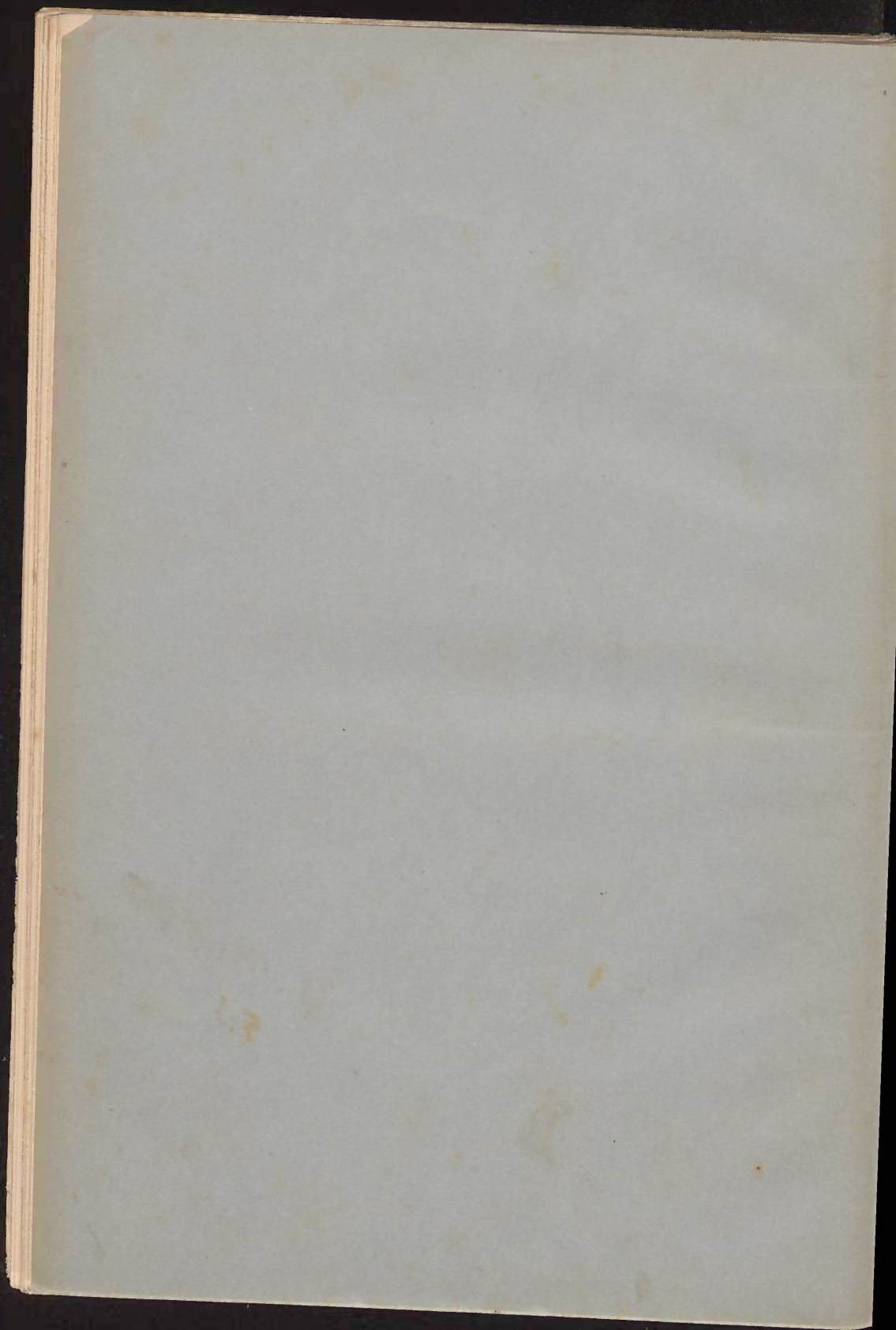
einseitige Förderung der Industrie veranlaßten Niederganges zu tragen hatte. Von den Vorschlägen Bock und von Graß unterscheidet er sich hauptsächlich dadurch, daß er die Anlage von Silos und Kornhäusern in unberechenbarer Ausdehnung und mit, ohne Zusammenfassung aller Kornbauer doch höchst zweifelhaftem Erfolge vermeidet und dafür zu allernächst die vorhandenen Lagerräume der Genossenschaftsverbundenen benutzt wissen will, sowie ebenfalls dadurch, daß ein dauernd feststehender Höchst-Ein- und Verkaufspreis in Aussicht genommen ist, und zwar einerseits zum Zwecke der Verhütung aller Willkür, wie aller parlamentarischen und sonstigen Machinationen, andrerseits zum Zwecke eines zu erstrebenden möglichst unveränderlichen Mehl- und Brodpreises im Interesse des inneren Friedens. Um zu diesem wieder zu gelangen, giebt es keinen anderen Weg, wie die Erhebung des Antrages Ranz in, dem Sittlichen Rechnung tragender Ausführungsform zum Banner des jetzigen oder eines neuen Reichstages.

Schon langte auch bei uns nach den neuesten, für den Unterhaltungszweck bestimmten „Vermischten Nachrichten“ die Bestialität bei der Vergewaltigung zwölfjähriger Mädchen durch vierzehnjährige Knabenungeheuer an. Wer als Theil des Ganzen für derartige sich häufende Erscheinungen sittlicher Anzurechnungsfähigkeit die Mitverantwortlichkeit tragen zu können meint, indem er in einseitiger Verfolgung von Partei- und sonstigen Sonderinteressen oder, weil er sicher und warm sitzt, an dem Einen, was Noth thut: einer sittlichen Organisation der Gesellschaft für den täglichen Brodzwweck gleichgültig vorübergeht, mag es thun. Verfasser dieses wollte sich solcher Mitverantwortlichkeit entledigen, indem er, was ihm das Herz abpreßt, im Vertrauen aussprach, daß der Gottesgedanke, selbst nur gesucht, auch im Schwächsten mächtig sein kann.





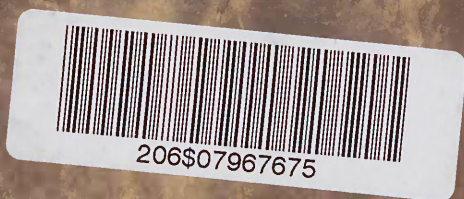






64





206\$07967675